

Hubert Gabrisch

Editorial

Hans-Ulrich Brautzsch

Aktuelle Trends:
Chemische Industrie Ostdeutschlands erreicht
2002 erstmals Gewinnzone

Hubert Gabrisch, Martina Kämpfe

Erste Beitrittseffekte in den neuen Mitgliedsländern
vorwiegend im monetären Bereich
– Probleme für Polen

Jan Sauermann

Registrierte Arbeitslosigkeit oder Erwerbslosigkeit:
Gibt es das bessere Messkonzept?

Hans-Ulrich Brautzsch

Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland:
Wer ist erwerbstätig, wer ist unterbeschäftigt?

Herbert S. Buscher

Wer ist arbeitslos, wer ist Leistungsbezieher?

Gerhard Heimpold

Unternehmensnetzwerke in Ostdeutschland:
Konzentration auf Verdichtungsräume

Sophie Wörsdorfer

IWH-Industrienumfrage im März 2005

4/2005

28.04.2005, 11. Jahrgang



Editorial

Man fragt sich, ob sich die Verantwortlichen in der EU allen Konsequenzen ihres Tuns bewusst sind. Sie wollen doch tatsächlich fortfahren, Erweiterung und Vertiefung gleichzeitig zu managen, obwohl sich die Anzeichen für ein Scheitern mehren. So hat der Wim-Kok-Bericht vom November letzten Jahre deutlich gemacht, dass die Lissabon-Ziele mit dieser Kombination nicht erreicht werden können. Bekanntlich hatte der Europäische Rat auf seinem Gipfeltreffen in Lissabon im März 2000 beschlossen, die Union bis zum Jahre 2010 zur wettbewerbsstärksten Wirtschaftsregion in der Welt zu machen. Bereits die alte EU-15 hat die meisten Zwischenziele verfehlt. Noch weiter entrücken die Ziele, wenn die EU-25 berücksichtigt wird. Nun hat das Parlament endgültig für die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in die Union 2007 votiert. Dem Westbalkan und Serbien/Montenegro werden eine Beitrittsoption bis 2014 offeriert. Da stehen die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei an, und der Beitrittsantrag der Ukraine ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Die Europäische Kommission sieht die mangelnde Bereitschaft der Nationalstaaten, noch mehr Souveränität aufzugeben, als Haupthindernis für die Erfolge einer weiteren Vertiefung. Der Widerstand wird noch wachsen mit der Zahl der Länder, die auf unterschiedlichem wirtschaftlichen Niveau und mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund in die EU aufgenommen werden.

Aus ökonomischer Sicht sind die Wohlfahrtseffekte einer Kombination aus Vertiefung und Erweiterung spekulativ, wenn alle diese Unterschiede berücksichtigt werden. Es besteht die Gefahr, dass die EU zu einer Verteilungsunion mutiert, die Einkommensunterschiede und Standortnachteile mit großzügigen Transfers kompensiert. Es käme zu einer strategischen Überdehnung der Union, d. h. zu einem Konflikt zwischen Zielen und Instrumenten.

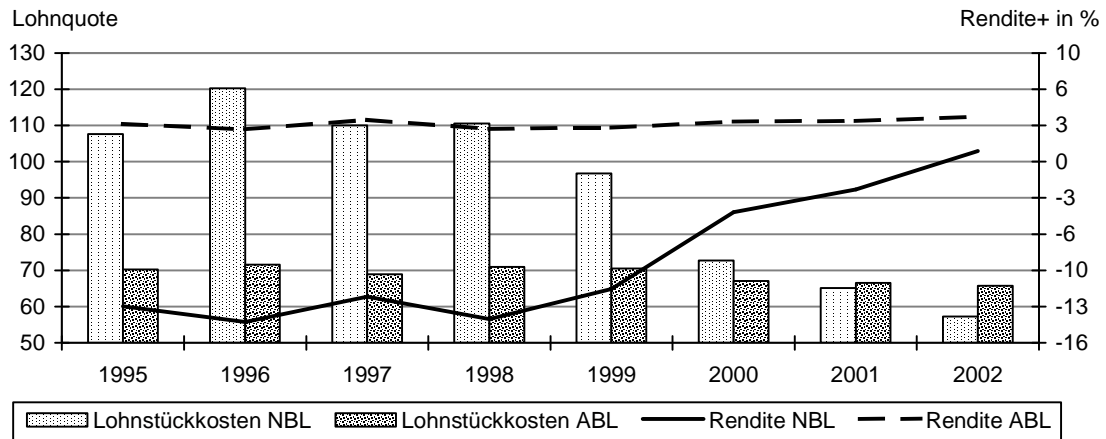
Die spekulativen Kapitalzuflüsse in die neuen Mitgliedsländer steigen bereits, wie der Bericht über die ersten Beitrittseffekte in dieser Zeitschrift zeigt. Politische Erschütterungen in der Union, wie z. B. ein Scheitern des Verfassungsreferendums in Frankreich, können dann leicht spekulative Attacken gegen die Währungen der neuen Mitgliedsländer auslösen.

Die Union steht vor einer größeren Revision ihrer Ziele und Instrumente. Sie hat sich politisch auf Erweiterungen festgelegt. Dann ist es aber sinnvoll, das Tempo einer weiteren Vertiefung, d. h. einer Beschränkung nationalstaatlicher Souveränität, zu drosseln. Es macht zum Beispiel wenig Sinn, zukünftige Mitgliedsländer wie Rumänien oder die Türkei zu zwingen, den Euro zu übernehmen.

*Hubert Gabrisch
Leiter der Abteilung Mittel- und Osteuropa*

Chemische Industrie Ostdeutschlands erreicht 2002 erstmals Gewinnzone

Lohnquote^a und Rendite^b in der Chemischen Industrie^c



^a Anteil der Personalkosten an der Bruttowertschöpfung in %. – ^b Anteil des Gewinns bzw. Verlustes am Bruttoproduktionswert in %. – ^c Wirtschaftszweig DG der WZ 93; Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten; Ostdeutschland mit Berlin-Ost, Westdeutschland mit Berlin-West.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 4, Reihe 4.3.1/4.3.2/4.3.3/4.3; Sonderauswertung der Kostenstrukturerhebung für das IWH; Berechnungen des IWH.

Die Chemische Industrie Ostdeutschlands erreichte im Jahr 2002 erstmals die Gewinnzone. In den Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten unterschritten im Jahr 2002 – aktuellere Daten liegen nicht vor – die gesamten Kosten den Produktionswert im Durchschnitt um 1%. Zwar blieb die ostdeutsche Branche damit bei der Rendite noch um drei Prozentpunkte hinter der westdeutschen Branche zurück. Der Rückstand konnte jedoch in den vergangenen Jahren Schritt für Schritt abgebaut werden, und seit 1998 ist der Aufwärtstrend ungebrochen. Dies zeigt eine im Auftrag des IWH regelmäßig durchgeführte Sonderauswertung der Kostenstrukturerhebung, die jährlich vom Statistischen Bundesamt in einer repräsentativen Stichprobe von ost- und westdeutschen Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten durchgeführt wird.^a

Zu dieser günstigen Kostenentwicklung haben maßgeblich die Personalkosten beitragen. Im Jahr 2002 betrug ihr Anteil 15% (Westdeutschland: 19,8%). Zugleich verringerte sich die Vorleistungsquote – das ist der Anteil der Vorleistungen am Bruttoproduktionswert – von 77,2% im Jahr 2001 auf 73,9% im Jahr 2002. Damit wurde mit einem anteilig geringeren Personalaufwand eine höhere Wertschöpfung je Produkteinheit erzielt als im Vorjahr. Dies zeigt sich statistisch in einer kräftigen Steigerung der Arbeitsproduktivität: Erreichte ein ostdeutscher Beschäftigter im Jahr 2001 „nur“ 69,1% des Produktivitätsniveaus eines westdeutschen Arbeitnehmers, so waren es im Jahr 2002 77,2%. Die Lohnstückkosten unterschritten im Jahr 2002 im Schnitt den westdeutschen Vergleichswert um 8 Prozentpunkte. Nach wie vor belasten die hohen Abschreibungen die Kostenposition der ostdeutschen Chemieunternehmen. Ihr Anteil am Bruttoproduktionswert lag 2002 bei 9%, im Westen nur bei 3,9%.

Die insgesamt günstige Kostenentwicklung hat die kräftige Expansion der Chemischen Industrie Ostdeutschlands gestützt: Im Jahr 2002 nahm die Bruttowertschöpfung in der ostdeutschen Branche um 18,4% zu (Westdeutschland: 0,2%), die Beschäftigung stieg um 4,7% (Westdeutschland: -0,8%). Auch nach 2002 hat das kräftige Produktionswachstum – gemessen am Umsatz – zugenommen.^b Die Chemische Industrie Ostdeutschlands bleibt auf Wachstumskurs.

Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de

^a Vgl. auch BRAUTZSCH, H.-U.; LUDWIG, U.: Differenzierte Ertragslage im Industriebereich Chemie Ostdeutschlands, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 5/2004, S. 115-122. – ^b Vgl. VCILV Nordost, Februar 2005.

Erste Beitrittseffekte in den neuen Mitgliedsländern vorwiegend im monetären Bereich – Probleme für Polen

– Kurzfassung –

Im ersten Jahr ihrer Mitgliedschaft in der Europäischen Union kam es zu starken Nettokapitalzuflüssen in die neuen Mitgliedsländer Mittelosteuropas. Allein die Portfolioinvestitionen nahmen um 18 Mrd. US-Dollar zu, während sich der Zustrom an Direktinvestitionen verlangsamte. Die Folge der Zuflüsse war eine nominale und reale Aufwertung der Währungen, eine Inflationierung der Vermögenswerte und eine weitere Verschlechterung der Leistungsbilanzen. Die Anforderungen an die Zentralbanken, die Kapitalzuflüsse in ihrer Wirkung auf die Preisstabilität zu neutralisieren und einigermaßen Wechselkursstabilität zu sichern, nahmen zu, führten jedoch zu unterschiedlichen Reaktionen. Während die meisten Zentralbanken Zinssenkungen präferierten, erhöhte die polnische Nationalbank die Zinsen, was weitere Kapitalzuflüsse vor allem im kurzfristigen Bereich nach sich ziehen dürfte. In Kombination mit einem instabilen makroökonomischen Umfeld zeigt der Test mit dem IWH-Indikator für Polen einen beträchtlichen Anstieg des Potenzials für eine Finanzkrise.

Trotz der problematischen monetären Effekte blieb das Wachstum von Produktion und Einkommen hoch. Die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts der Beitrittsregion nahm auf 5% zu, und die Arbeitslosigkeit ging etwas zurück. Ein noch stärkeres Wachstum wiesen die übrigen Länder Mittel- und Osteuropas auf. Ausschlaggebend für die positive real-

wirtschaftliche Entwicklung war die Binnennachfrage, und hier vor allem privater Konsum und Investitionen. Zwar nahmen auch die Exporte deutlich zu. Dabei spielte aber die Belebung der Weltwirtschaft die entscheidende Rolle. Bei ebenfalls steigenden Importen verbesserten sich die Handelsbilanzen nur unwesentlich, im Handel der neuen Mitgliedsländer mit der EU verschlechterten sie sich sogar beträchtlich. Die Inflationsrate – gemessen am Konsumgüterpreisindex – nahm zu, wofür auch Sondereffekte aus dem EU-Beitritt verantwortlich waren.

Für das laufende und das kommende Jahr ist eine Zunahme der Nettokapitalzuflüsse und eine weitere Aufwertung der Währungen zu erwarten. Das Bruttoinlandsprodukts in der Beitrittsregion wird sich im laufenden Jahr auf 4,6% abschwächen. Ausschlaggebend dafür ist vor allem die Abschwächung der Wirtschaftsleistung in Polen, bei der die Aufwertung der Währung den Außenbeitrag verringern wird. Für das Jahr 2006 ist mit einem Wachstums in der Region von 5% zu rechnen. Unter Einbeziehung der Beitrittskandidaten und der Nicht-Mitglieder wird sich das hohe Wachstum des BIP von 6,7% im vergangenen Jahr auf 6,0% im laufenden Jahr und 5,8% im nächsten Jahr abschwächen. Generell gilt, dass die Arbeitslosenquoten in der Region deutlich abnehmen werden.

Hubert Gabrisch, Martina Kämpfe (Seite 94)

Registrierte Arbeitslosigkeit oder Erwerbslosigkeit: Gibt es das bessere Messkonzept?

– Kurzfassung –

Seit Januar 2005 wird die Höhe der Erwerbslosigkeit durch das Statistische Bundesamt nicht mehr nur jährlich, sondern monatlich bekannt gegeben. Damit gibt es in Deutschland neben der Statistik der registrierten Arbeitslosigkeit der Bundesagentur für Arbeit (BA) ein zweites Maß zur Arbeitslosigkeit, das monatlich veröffentlicht wird.

Hinter dem Konzept der Erwerbslosigkeit steht das Ziel einer international vergleichbaren Statistik, die unabhängig von nationalen Besonderheiten in der Berechnung der registrierten Arbeitslosigkeit ist. Daher wurde von der International Labour Organi-

sation (ILO) 1982 das Konzept der Erwerbslosigkeit eingeführt, das in der Europäischen Union im Rahmen der EU-Arbeitskräfteerhebung einheitlich angewendet wird.

Mit dem Messkonzept der Erwerbslosigkeit soll das „ökonomische Ausmaß“ der Arbeitslosigkeit beschrieben werden, da unabhängig von einer Meldung bei der Agentur für Arbeit nur aktiv Arbeit suchende und gleichzeitig keiner Tätigkeit nachgehende Personen gezählt werden. Von der Arbeitslosenstatistik der BA können dagegen nur die bei den Agenturen für Arbeit registrierten Personen erfasst werden. Trotz

dieser weitreichenderen Definition der Erwerbslosenstatistik ist auch sie nicht in der Lage, alle Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik oder entmutigte Arbeitslose zu berücksichtigen.

Die beiden Messkonzepte unterscheiden sich nicht nur in den Abgrenzungen, auch die Art der Erhebung ist grundsätzlich verschieden: Die Zahlen zur Erwerbslosigkeit werden vom Statistischen Bundesamt im Rahmen des Mikrozensus, einer 1%-Stichprobe der Bevölkerung, ermittelt. Die Höhe der registrier-

ten Arbeitslosigkeit wird dagegen von der BA aus ihren Verwaltungsvorgängen bestimmt. Dadurch ist im Gegensatz zur Erwerbslosenstatistik, die mit einmonatiger Verspätung veröffentlicht wird, eine zeitnahe und zudem sehr detaillierte Statistik gewährleistet.

Beide Statistiken haben ihre Vor- und Nachteile, keine kann generell als die „bessere“ bezeichnet werden. Vielmehr muss abhängig von der Fragestellung entschieden werden, welche Statistik gewählt wird.

Jan Sauermann (Seite 104)

Wer ist arbeitslos, wer ist Leistungsbezieher?

– Kurzfassung –

In der Öffentlichkeit besteht ein großes Interesse daran, welche Aktivitäten sowohl insgesamt als auch in Teilaspekten von der Bundesagentur für Arbeit, den Arbeitsgemeinschaften (ARGE) und den optierenden Kommunen auf dem Arbeitsmarkt erfolgen. Dies betrifft einerseits die als arbeitslos erfassten Personen als auch jene, die Leistungen beziehen, ohne jedoch arbeitslos zu sein. Zudem besteht ein Interesse an einer Untergliederung der Arbeitslosen und der Leistungsbezieher nach dem zugehörigen Rechtskreis. Der Bei-

trag liefert einen Vorschlag, wie die entsprechende Transparenz hergestellt werden könnte. Damit wäre für arbeitsmarktpolitische Belange durchaus ein Fortschritt an Informationen verbunden, der für eine genauere Analyse der Arbeitsmarktsituation dienen kann. Hiervon unbenommen ist, dass auch zukünftig detaillierte Statistiken über den Arbeitsmarkt von der Bundesagentur für Arbeit in regelmäßigen Abständen veröffentlicht werden sollten.

Herbert S. Buscher (Seite 112)

Unternehmensnetzwerke in Ostdeutschland: Konzentration auf Verdichtungsräume

– Kurzfassung –

Mit dem Vorhandensein von Unternehmensnetzwerken wird zumeist eine hohe Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in der betreffenden Region assoziiert. Eine erstmals flächendeckend für Ostdeutschland vorgenommene Bestandsaufnahme von Unternehmensnetzwerken zeigt eine erhebliche räumliche Ungleichverteilung von Netzwerkaktivitäten zugunsten der sächsischen Agglomerationsräume und zugunsten der Hauptstadtregion. Diese räumlichen Schwerpunkte der Netzbildung lassen erkennen, dass sich Netzwerke am ehesten dort herausbilden und entwickeln, wo sie günstige „natürliche“ Entwicklungsbedingungen, d. h. vor allem eine hohe Dichte von Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen vorfinden. Dort können zugleich besonders intensive Liefer- und abnehmerseitige Verflechtungen vermutet werden. Dass die höher verdichteten Regionen günstige „natürliche“ Bedingungen für die Etablierung von Netzwerken darstellen, wird auch an dem Umstand deutlich, dass in diesen Räumen besonders häufig

Übereinstimmungen zwischen Unternehmensnetzwerken und regionalen Branchenschwerpunkten gegeben sind. Diese Übereinstimmungen können als vorteilhaft für die Regionalentwicklung angesehen werden, weil sie Indizien für das Vorhandensein von längerfristig gegebenen tendenziell nachhaltigen Netzwerkstrukturen sind. In dünn besiedelten, ländlich-peripheren Region ist dagegen die Zahl der Unternehmensnetzwerke zumeist gering, und sie werden sehr häufig nicht durch einen regionalen Branchenschwerpunkt begleitet. Es stellt sich die Frage nach der künftigen Bestandsfestigkeit der Unternehmensnetzwerke gerade in diesen Regionen mit geringer Verdichtung. Diese Frage erhält noch zusätzliches Gewicht, weil öffentliche Förderhilfen, die viele Netzwerke in Ostdeutschland erhalten, zeitlich befristet sind und daher die Fortexistenz der Netzwerke auch ohne Förderung eine besondere Herausforderung darstellt.

Gerhard Heimpold (Seite 118)

Erste Beitrittseffekte in den neuen Mitgliedsländern vorwiegend im monetären Bereich – Probleme für Polen

Die Aufnahme von acht mittel- und osteuropäischen Ländern mit ca. 70 Millionen Einwohnern in die Europäische Union gehört zu den herausragenden Ereignissen des vergangenen Jahres. Eine der aktuell interessierenden Fragen lautet, inwieweit sich erste Auswirkungen des Beitritts auf die Volkswirtschaften der neuen Mitgliedsländer beobachten lassen.

Starke Nettokapitalzuflüsse im kurzfristigen Bereich

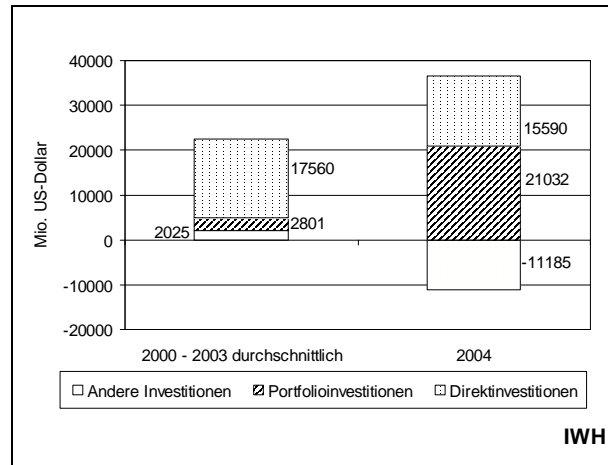
In allen Beitrittsländern verstärkte sich im vergangenen Jahr zwar das Wachstum der Produktion. Ein besonderer Beitrittseffekt kam darin allerdings nicht zum Ausdruck, da sich auch das BIP-Wachstum in den übrigen mittel- und osteuropäischen Ländern im zumindest gleichem Ausmaße beschleunigte. Die unmittelbaren Auswirkungen des EU-Beitritts wurden jedoch im monetär-finanziellen Bereich sichtbar. Dazu gehören verstärkte Nettokapitalzuflüsse und eine Änderung ihrer Struktur. Diese hatten Auswirkungen auf den Wechselkurs und die Kapitalmärkte der Länder.

Bereits im Vorfeld des Beitritts und auch danach stuften internationale Rating-Agenturen einige der Länder besser ein, sodass internationale Anleger das Risiko einer Investition geringer bewerteten. Die Beibehaltung einer optimalen Portfoliostruktur erlaubte einen größeren Anteil von Wertpapieren aus den neuen Mitgliedsländern. Auch bildeten sich bei internationalen Finanzinvestoren Aufwertungserwartungen, die ein Anreiz waren, kurzfristige Schuldtitel des Landes in der Hoffnung zu erwerben, sie zum festgelegten Termin mit Gewinn in eigener Währung zu liquidieren.

Folglich lagen die gesamten Nettokapitalzuflüsse in die acht neuen Mitgliedsländer deutlich oberhalb des Mittels der Jahre 2000-2003 (vgl. Abbildung 1). Sie übertrafen mit 25,4 Mrd. US-Dollar den durchschnittlichen Zufluss der Vorjahre um etwa 3 Mrd. US-Dollar. Ein Anstieg – um 18 Mrd. US-Dollar – fand jedoch nur bei Portfolioinvestitionen (darunter T-Bills und Bonds sowie Titeln der Zentralbanken) statt, während sich der Zufluss an Direktinvestitionen abschwächte. Andere Investitionen (vor allem Kredite an den finanziellen und

nicht-finanziellen Sektor) nahmen sogar erheblich ab.

Abbildung 1:
Nettokapitalzuflüsse in die neuen Mitgliedsländer nach Arten
- in Mio. US-Dollar -



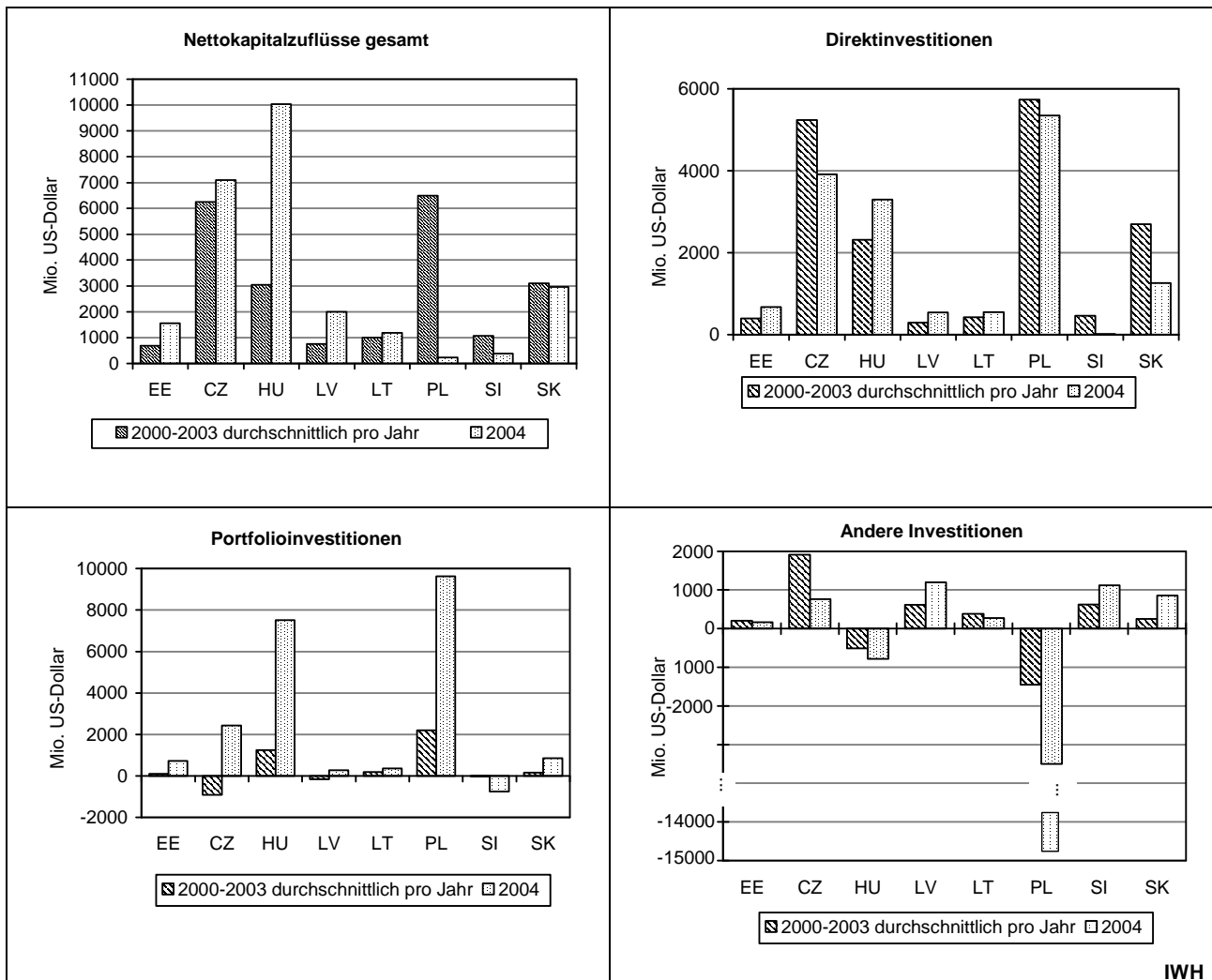
Quelle: IWH auf Basis: IMF, International Financial Statistics, Washington D.C. 2004.

Die für die gesamte Region beobachtete Verstärkung der Zuflüsse stützte sich aber nur auf fünf Länder; Polen und die Slowakische Republik wiesen einen geringeren Nettokapitalzufluss als in den vergangenen Jahren aus, Slowenien sogar einen Abfluss (vgl. Abbildung 2).

Die Direktinvestitionszuflüsse nahmen nur in den baltischen Ländern und Ungarn zu. Dagegen stiegen die Portfolioinvestitionen in alle Länder (Ausnahme: Slowenien), besonders stark nach Polen und Ungarn, weniger stark in die baltischen Länder. Die geringe Bedeutung der Portfolioinvestitionen für die baltischen Länder ist zum einen durch die nur sehr geringen fiskalischen Defizite, zum anderen durch das Wechselkurssystem zu erklären. Letztes ist ein Currency Board (Estland und Litauen) bzw. ein Quasi-Currency Board (Lettland), das den Spielraum für die Offenmarktpolitik der Zentralbank erheblich einschränkt.

Der Rückgang anderer Finanzinvestitionen in der gesamten Region ging vor allem von Polen aus. Hier nahm der bereits in den Vorjahren beobachtete Abfluss im vergangenen Jahr auf mehr als 14 Mrd. US-Dollar zu. Dahinter versteckt sich

Abbildung 2:
 Nettokapitalzuflüsse in die neuen Mitgliedsländer
 - in Mio. US-Dollar -



EE: Estland, CZ: Tschechische Republik, HU: Ungarn, LT: Litauen, LV: Lettland, PL: Polen, SI: Slowenien, SK: Slowakische Republik.

Quellen: Berechnungen des IWH auf Basis: IMF, International Financial Statistics, Washington D.C. 2004.

ein Anstieg der ausländischen Guthaben und Kredite des Bankensystems um 15 Mrd. US-Dollar innerhalb eines Jahres.

Währungen werteten auf

Nettokapitalzuflüsse lösen generell einen Aufwertungsdruck aus. Dieser ist dann problematisch, wenn sich gleichzeitig die Struktur der Zuflüsse in Richtung kurzfristiger Schuldtitel ändert. Im Grunde realisieren die kurzfristigen Zuflüsse die bestehenden Aufwertungserwartungen. In einem solchen Fall ist es schwierig, die Aufwertung im Einklang mit den Fundamentaldaten der Volkswirtschaft zu sehen, selbst wenn die Produktivitätsentwicklung wie in

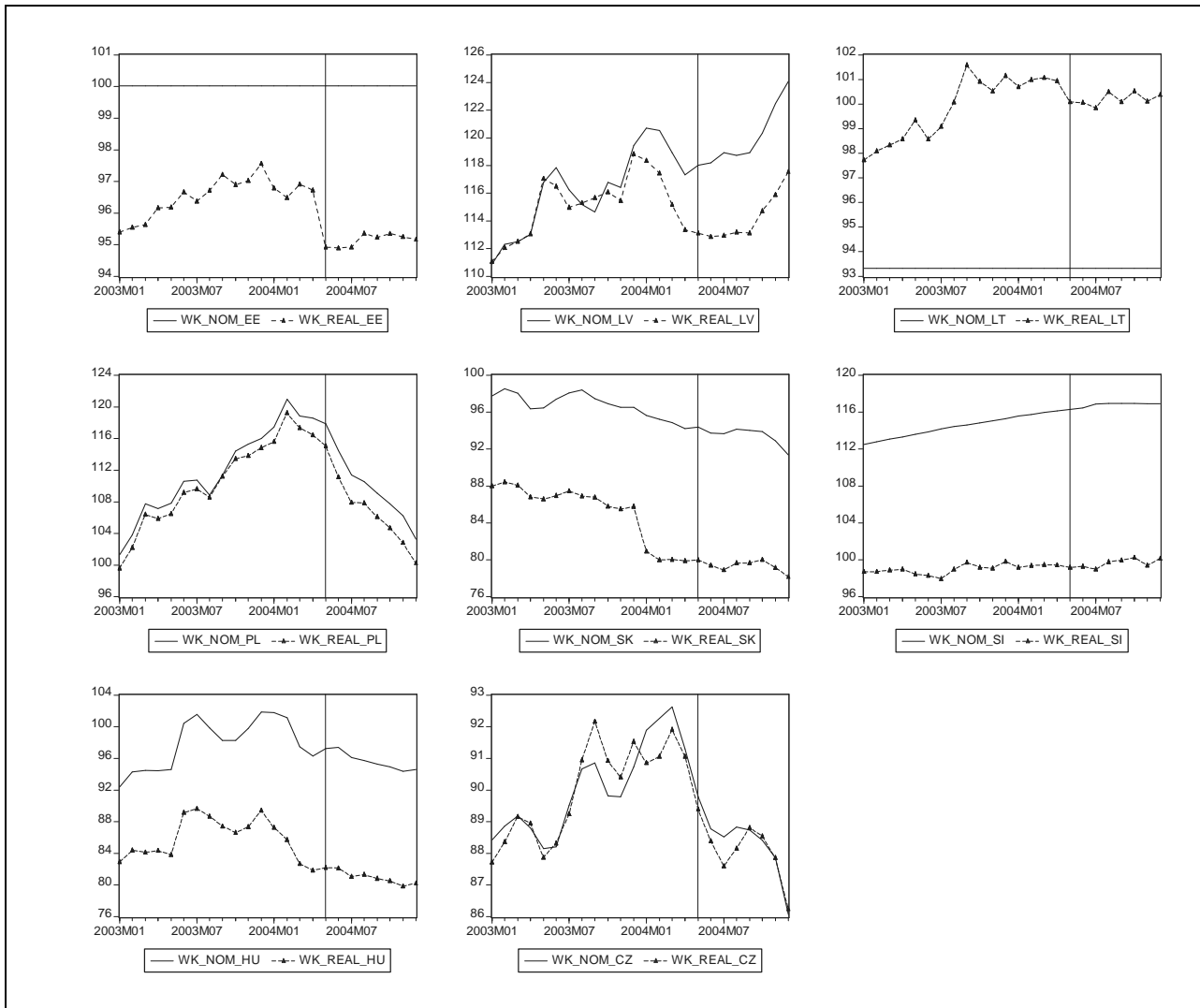
den neuen Mitgliedsländern nach oben zeigt.¹ In vier Ländern mit flexiblem Wechselkurs – Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn – wertete der nominale und der reale Wechselkurs unmittelbar vor und nach der Aufnahme in die EU auf (vgl. Abbildung 3). Zum Vergleich: Die Währung Rumäniens, das frühestens 2007 der EU beitreten wird, wertete nominal ab. In allen vier neuen Mitgliedsländern veränderte sich die Struktur der Zuflüsse erheblich in Richtung Portfolioinvestitionen. (In Rumänien nahmen die Portfolioinvestitionen ab).

¹ Vgl. GLIGOROV, V.; PÖSCHL, J.; RICHTER, S.: As East you go the more they grow: transition economies in a new setting. WIIW research reports 308. Wien 2004.

Abbildung 3:

Nominaler und realer Wechselkurs der neuen Mitgliedsländer gegenüber dem Euro

- Januar 2003 bis Dezember 2004, Durchschnitt 2000 = 100 -



Quelle: Berechnungen des IWH.

Unter den Währungen der übrigen neuen Mitgliedsländer wertete der nominale und reale Wechselkurs des slowenischen Tolar, der seit Ende Juni im Wechselkursmechanismus (WKM) II ist, leicht ab. Hier dürften die rückläufigen Kapitalzuflüsse (insbesondere bei Portfolioinvestitionen) und das günstige makroökonomische Umfeld stabilisierend gewirkt haben. Die nominalen Wechselkurse Estlands und Litauens blieben konstant. Beide Länder traten ebenfalls im Juni 2004 mit ihren Currency Boards dem WKM II bei. Allerdings wertete der reale Wechselkurs Estlands deutlich, der Litauens nur wenig auf. Die starke Fluktuation des nominalen Wechselkurses der lettischen Währung gegenüber dem Euro ist durch die Fixierung der

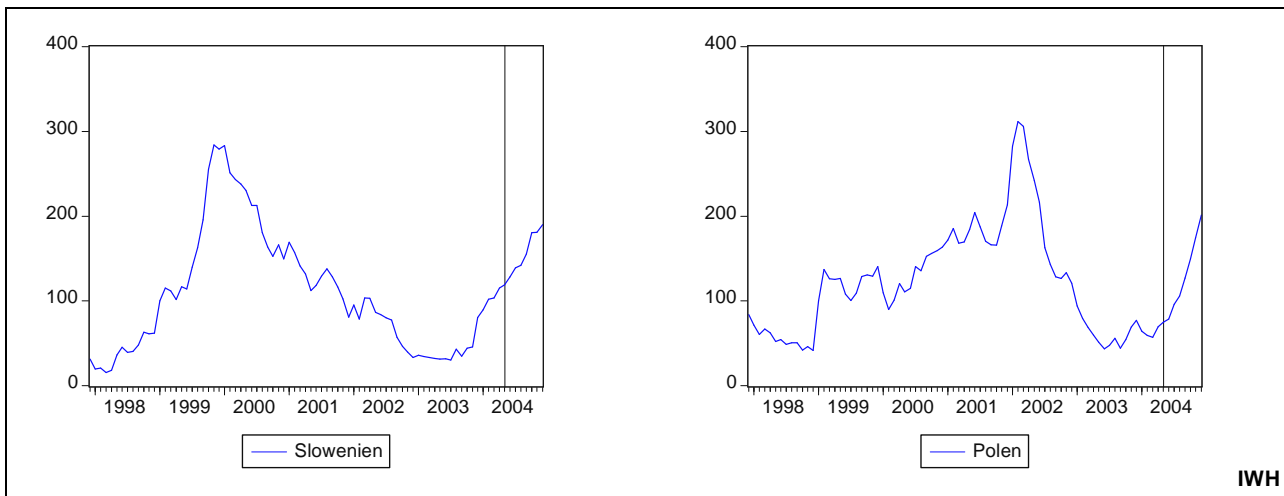
Währung gegenüber den Sonderziehungsrechten erklärt.² Mit Beginn des Jahres 2005 erfolgte die Fixierung gegenüber dem Euro mit einer Schwankungsbreite von $\pm 1\%$.

Zentralbanken in der Herausforderung

Eine nominale Aufwertung infolge unerwünschter Kapitalzuflüsse kann mehrere Effekte auslösen: Auf kurze Frist wird die bestehende reale Aufwertung der Währung verstärkt und verschlechtert die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmenssek-

² In diesem Währungskorb nimmt der Euro 29%, der US-Dollar jedoch 45% ein. Schwankungen des Euro-Dollar-Verhältnisses übertragen sich damit auch auf die lettische Währung.

Abbildung 4:
Risikoindikatoren für Slowenien und Polen



Quellen: WIIW-Datenbank; Berechnungen des IWH.

tors mit der Folge steigender Leistungsbilanzdefizite. Mittelfristig kann die Inflationsrate unter das Inflationsziel der Zentralbank sinken. Dadurch verschlechtern sich die Finanzierungsbedingungen des Unternehmenssektors durch höhere Realzinsen und geringere als erwartete Gewinne. Schließlich wachsen die fiskalischen Belastungen über höhere Realzinsen und durch geringere Erträge bei den Unternehmenssteuern.

Die Zentralbank gerät unter Druck, insbesondere von Seiten der Regierung, ihre Zinsen zu senken und/oder zu intervenieren. Die damit verbundene Gefahr ist eine stärkere Kreditexpansion, die eine Umkehr der Kapitalströme und damit eine Wechselkurs- und Bankenkrise auslösen kann. Auslösende Faktoren für eine Umkehr dürften in den neuen Mitgliedsländern vor allem politische Instabilitäten, institutionelle Schwächen des Bankensektors, inflationierte Börsenwerte sowie Konflikte zwischen Regierung und Zentralbank vor dem Hintergrund einer ungünstigen makroökonomischen Lage sein.

In den Ländern mit Currency Board (baltische Länder) führen Kapitalzuflüsse zu einer Expansion der Geldmenge und damit über eine höhere Inflationsrate zur realen Aufwertung. Das Risikopotenzial für eine Bankenkrise nähme zu, wenn, wie in den baltischen Ländern, ein Teil der Zuflüsse mit einer Erhöhung der Verschuldung des Bankensektors einherginge, der keine adäquate Risikostruktur der Kreditvergabe zugrunde liegt. Im Gegensatz zu den baltischen Ländern sind die Zentralbanken der

anderen fünf neuen Mitgliedsländer vor besondere Herausforderungen gestellt, da die Wahrung der inneren und äußeren Stabilität der Währung in ihre Verantwortung fällt.

Das Risiko einer Finanzkrise (Wechselkurs- und/oder Bankenkrise) ist gegenwärtig jedoch noch als gering einzuschätzen. Der IWH-Finanzkrisenindikator,³ der Daten bis Dezember 2004 umfasst, meldet nur für Slowenien und Polen (vgl. Abbildung 4) einen auffälligen und für die Slowakei einen vorerst schwachen Anstieg des Potenzials für eine Krise in den folgenden 18 Monaten. Der Anstieg des Indikators für die drei Länder ging im Wesentlichen auf das Verhältnis zwischen Kredit- und Einlagenzins zurück. Typischerweise steigt dieses Verhältnis im Vorfeld von Finanzkrisen an, weil die Banken auf eine Zunahme der Kreditrisiken mit einer Anhebung des Spreads reagieren.

In *Slowenien* nahm das Kreditrisiko des Bankensektors durch einen Anstieg der Auslandsverschuldung zu. Damit verbunden war eine zunehmende Diskrepanz zwischen kurzfristiger Auslandsverschuldung und langfristiger Inlandskreditvergabe.⁴ Darüber hinaus waren die Gewinne der Banken aus Swap-Geschäften mit der Nationalbank drastisch zurückgegangen. Die Zinssenkungen der Nationalbank des Jahres 2004 wurden vom Ban-

³ Vgl. unter www.iwh-halle.de/d/abteil/most/aktuelles/signal/Methode.pdf

⁴ Vgl. BANK AUSTRIA: Der Bankenmarkt in Zentral- und Osteuropa. Wien 2004.

kensektor nicht weitergegeben, weil zum einen der Wettbewerb zwischen den Banken unter allen neuen Mitgliedsländern am schwächsten ist und zum anderen die starke Euroisierung den Zinsmechanismus erheblich beschränkte.⁵ Aber das makroökonomische Umfeld ist in Slowenien durch Stabilität gekennzeichnet, sodass die 2004 beobachtete Umkehr in den Portfolioströmen keine größere Gefahr für den Bankensektor und den Wechselkurs darstellte. In den nächsten zwei Jahren ist mit einer erheblichen realen Aufwertung der Währung zu rechnen, hinter der jedoch eine entsprechende Produktivitätsentwicklung steht.

Ganz anders sieht die Situation in *Polen* aus. Einem Rückgang der Nettoverschuldung des Bankensektors im Ausland 2004 stand ein erheblicher Anstieg der Portfolioinvestitionen gegenüber. Die dem zugrundeliegenden Aufwertungserwartungen sah die Nationalbank aber offenbar nicht als zentrales Problem an. Die Zentralbank entschied sich für Zinserhöhungen, weil das makroökonomische und politische Umfeld instabil war. Die Zinserhöhungen begründete sie mit gestiegenen Inflationserwartungen.⁶ Der Anstieg des Spreads zwischen Kredit- und Einlagezinsen war dann darauf zurückzuführen, dass der Bankensektor die höheren Zinsen umgehend weitergab. Dies erfolgte vor dem Hintergrund eines eher ungünstigen Verhältnisses zwischen kurzfristiger ausländischer Verschuldung und langfristiger inländischer Kreditvergabe, wobei Fremdwährungskredite an Inländer mehr als 30% stellten. Die Erhöhung der Kreditzinsen diente also dazu, das gestiegene Wechselkursrisiko abzudecken. Dadurch dürfte es allerdings zu einer deutlichen Belebung der Kapitalzuflüsse kommen in Verbindung mit einer starken realen Aufwertung und einer absehbaren Verschlechterung der Leistungsbilanz. Das Risiko einer Umkehr der Kapitalströme wird in Polen ab der zweiten Jahreshälfte 2005 noch steigen, da im Herbst Parlamentswahlen anstehen, die zusätzliche Unsicherheiten hinsichtlich einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auslösen könnten.

⁵ Über 30% der Einlagen bei Banken sind in fremder Währung. Vgl. BANK AUSTRIA, a. a. O.

⁶ Vgl. NATIONAL BANK OF POLAND: Information from a meeting of the Monetary Policy Council held on 29-30 June 2004. <http://www.nbp.pl>

Die Nationalbank der *Slowakei* versuchte im Verlaufe des Jahres 2004 zunächst mit Zinssenkungen, Devisenmarktinterventionen und Offenmarktoperationen (Repo-Tender) die kurzfristigen Kapitalzuflüsse einzudämmen. Im September 2004 wurden die Kosten der Sterilisierung auf 1% des BIP pro Jahr geschätzt. Als sich danach die kurzfristigen Kapitalzuflüsse fortsetzten und erhebliche Aufwertungserwartungen offenbar wurden,⁷ stellte die Nationalbank ihre Offenmarktoperationen Anfang 2005 ein.

In *Ungarn* haben die Konflikte zwischen Regierung und Nationalbank in der Geld- und Wechselkurspolitik bereits im Jahr 2003 zu gegenläufigen Maßnahmen (Zinsänderungen, Devisenmarktinterventionen, Abwertung des Forint) geführt,⁸ da nach Einführung des $\pm 15\%$ Wechselkursbandes der Wechselkurs ständig in die Nähe der unteren Bandgrenze rutschte. Diese Konflikte setzten sich trotz Senkung der Leitzinsen⁹ im vergangenen Jahr fort und kulminierten Ende 2004 in der Erweiterung des Geldpolitischen Rates der Nationalbank um vier von der Regierung bestimmte Mitglieder, deren Auftrag darin besteht, die restriktive und wachstumsdämpfende Geldpolitik der Nationalbank zu mildern. Dies erfolgte vor dem Hintergrund eines besonders starken Nettokapitalzuflusses, wobei die Portfolioinvestitionen drastisch zunahmen.

In *Tschechien* ging ein Aufwertungsdruck offenbar von einer Umkehr der vormals negativen Portfolioströme aus. Die Umkehr dürfte im Zusammenhang mit dem Finanzierungsbedarf der Regierung stehen; das Budgetdefizit gehört zu den höchsten unter den neuen Mitgliedsländern. Allerdings sah die Zentralbank die reale Aufwertung durch die Produktivitätsentwicklung gedeckt. Sie entschied sich für eine Zinssenkung, um zu verhindern, dass eine zu starke Krone die Inflationsrate unterhalb des Inflationsziels drückt.¹⁰

⁷ Vgl. NATIONAL BANK OF SLOVAKIA: Statement from the 4th meeting of the Bank Board of the NBS. 8. Februar 2005. <http://www.nbs.sk>

⁸ Vgl. MILE, I.: Ungarn: Keine weiche Landung im europäischen Wechselkursmechanismus, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2004, S. 102-107.

⁹ Vgl. MAGYAR NEMZETI BANK: Minutes of the Monetary Council meeting of 24 Januar 2004. <http://www.mnb.hu>

¹⁰ Vgl. CZECH NATIONAL BANK: Minutes of the Board Meeting on 27 January 2005. <http://www.cnb.cz>

Tabelle 1:

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den neuen Mitgliedsländern (NML), den Beitrittskandidaten sowie in Kroatien, Russland und der Ukraine

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote ^b			
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006
Estland	0,6	5,1	6,2	6,4	6,5	1,3	3,0	3,0	2,5	10,0	9,8	9,2	8,3
Lettland	0,9	7,5	8,5	8,5	8,0	2,9	6,2	5,5	3,5	10,8	10,0	9,1	8,1
Litauen	1,4	9,7	6,7	7,0	7,0	-1,2	1,2	1,5	2,5	12,7	11,5	10,3	9,0
Polen	15,8	3,8	5,4	4,6	5,3	0,8	3,6	3,0	2,5	20,0	19,5	19,2	19,0
Slowakei	2,5	4,5	5,5	5,5	5,5	8,5	7,5	4,0	2,9	17,0	18,4	19,1	19,3
Slowenien	1,4	2,3	4,6	4,0	4,2	5,6	3,6	3,0	2,8	6,7	6,4	6,0	5,4
Tschechien	6,3	3,7	4,0	4,1	4,5	0,1	2,8	2,0	2,5	8,0	8,4	8,6	8,6
Ungarn	5,5	3,0	4,0	3,7	3,9	4,7	6,8	4,0	3,5	5,9	6,1	6,2	6,2
<i>Neue Mitgliedsländer^a</i>	<i>34,4</i>	<i>3,8</i>	<i>5,0</i>	<i>4,6</i>	<i>5,1</i>	<i>2,0</i>	<i>4,2</i>	<i>3,1</i>	<i>2,7</i>	<i>14,7</i>	<i>14,5</i>	<i>14,4</i>	<i>14,2</i>
Bulgarien	2,1	4,3	5,5	5,0	5,5	2,3	6,2	4,5	4,0	14,5	12,0	11,0	10,5
Rumänien	5,8	4,9	8,3	5,5	6,5	15,3	11,9	9,0	7,0	7,0	7,8	7,5	7,0
<i>Beitrittskandidaten^a</i>	<i>7,9</i>	<i>4,7</i>	<i>7,6</i>	<i>5,4</i>	<i>6,2</i>	<i>11,8</i>	<i>10,4</i>	<i>7,8</i>	<i>6,2</i>	<i>8,8</i>	<i>8,8</i>	<i>8,3</i>	<i>7,8</i>
Kroatien	1,8	4,3	3,7	3,5	3,5	1,8	2,1	2,0	2,0	14,3	13,8	13,5	13,0
Russland	45,7	7,3	6,8	6,5	6,0	13,7	10,8	9,5	8,0	8,5	7,8	7,5	7,5
Ukraine	10,3	9,4	12,0	9,0	7,0	5,2	9,0	10,0	8,0	9,1	8,0	7,5	7,5
<i>Insgesamt</i>	<i>100,0</i>	<i>6,1</i>	<i>6,7</i>	<i>6,0</i>	<i>5,8</i>	<i>8,5</i>	<i>8,2</i>	<i>7,1</i>	<i>5,9</i>	<i>10,1</i>	<i>9,5</i>	<i>9,2</i>	<i>9,1</i>

^a Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt 2003 in Euro zu Kaufkraftparitäten; Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2003. – ^b Jahresdurchschnitte, nationale Statistik nach ILO-Methode.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; 2004: ex-post Schätzung des IWH; 2005 und 2006: Prognose des IWH.

In den *baltischen Ländern* haben die starken Kapitalzuflüsse kurzfristiger Art zu sinkenden Zinsen und dementsprechend zu ausgeweiteter Kreditgewährung der Banken geführt, sodass steigende Leistungsbilanzdefizite sich mit einer verschlechterten Risikoposition des Bankensektors verbinden. Eine Wechselkurskrise ist zwar institutionell ausgeschlossen, nicht aber der Ausbruch einer Bankenkrise. Gleichwohl ist das Risiko praktisch eher gering, weil die Bankensysteme der baltischen Länder vergleichsweise stabil und durch ausländisches Eigentum abgesichert sind.

BIP-Wachstum und Inflation beschleunigten sich

Die realwirtschaftliche Belebung hatte in nahezu allen Ländern bereits im Jahr 2003 eingesetzt. Aber im vergangenen Jahr sprang die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts in den neuen Mitgliedsländern der EU von 3,8% auf 5%, wofür insbesondere die höhere Wachstumsdynamik in Polen als der größten Volkswirtschaft ausschlaggebend war (vgl. Tabelle 1). Allerdings unterscheiden sich

die neuen Mitgliedsländer mit dieser Beschleunigung nicht von anderen mittel- und osteuropäischen Ländern wie Bulgarien, Rumänien oder der Ukraine, in denen sogar eine noch stärkere Zunahme von Produktion und Nachfrage zu beobachten war. Auch in Russland expandierte die Wirtschaftsleistung auf hohem Niveau, wenngleich etwas schwächer als 2003. Die neuen Mitgliedsländer repräsentieren also zumindest für das vergangene Jahr noch keine Sonderentwicklung.

Obwohl sich die Geldmenge M1 infolge der Kapitalzuflüsse stark ausweitete, hatte dies zunächst keinen wesentlichen Einfluss auf die Konsumgüterpreis-inflation. Dennoch kam es in den meisten Ländern zu einem deutlichen Anziehen der Verbraucherpreise. Dafür waren vor allem externe Einflüsse wie der Anstieg des Erdölpreises ursächlich. Intern trug die robuste Binnenkonjunktur zum Preisanstieg bei. In den neuen Mitgliedsländern kamen auch Einmaleffekte im Zusammenhang mit dem Beitritt zur EU zum Tragen. Von der Anpassung der Mehrwertsteuer an die höheren EU-

Sätze waren vor allem die Nahrungsmittelpreise betroffen. Auch die Übertragung der Außenzölle der EU auf die neuen Mitgliedsländer dürfte eine Rolle gespielt haben. Sprünge des Preisniveaus gab es insbesondere in Polen, Estland und Ungarn. Im zweiten Halbjahr ließ der Inflationsdruck in den meisten Ländern nach, nur vereinzelt kam es noch zu einer leichten Beschleunigung, beispielsweise in Polen durch höhere Energiepreise.

Inflationseffekte durch die Ausweitung der Geldmenge wurden aber bei den Vermögenswerten sichtbar. Infolge der Kapitalzuflüsse, insbesondere von Portfolioinvestitionen, verzeichneten alle Börsen einen starken Anstieg ihrer Indizes. An der Budapester Börse nahm der Index (BUX) im Verlaufe des Jahres 2004 um 57% zu. Dasselbe gilt für den Index der Prager Börse. Noch stärkere Anstiege vermeldeten die Börsen in Tallin und Vilnius, während der polnische Index WIG 20 nur um 25% zunahm und der Rigaer Index um 37%. Die Inflationierung der Indexwerte einiger wichtiger Börsen in den Beitrittsländern birgt die Gefahr von spekulativen Blasen in sich, deren Zerplatzen weitreichende Folgen auch für die reale Wirtschaft haben können.

In der gesamten Region ging die Arbeitslosenquote zurück, besonders stark beispielsweise in Bulgarien. Nicht verringert hat sich die Quote jedoch in drei der acht neuen Mitgliedsländer: Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn. Die Ursache für den nur zögerlichen Abbau der Arbeitslosigkeit sind hohe Arbeitslosigkeitsschwellen des Wachstums, die ihre Ursache in einem hohen Produktivitätsfortschritt haben.¹¹ Hinzu kommen Defizite im strukturellen Wandel: In Industrie und Landwirtschaft wird Beschäftigung abgebaut, ohne dass im Dienstleistungsbereich ein ausreichender Beschäftigungsaufbau erfolgt.

Binnennachfrage trägt Wirtschaftsentwicklung

Für die wirtschaftliche Entwicklung 2004 war in den neuen Mitgliedsländern die Binnennachfrage die wichtigste Stütze, während vom Außenhandel zumeist keine positiven Impulse ausgingen (vgl. Abbildung 5). Der private Konsum entwickelte sich

¹¹ Vgl. dazu auch GABRISCH, H.; WOLTERS, W.: Der Zusammenhang zwischen Wachstum und Beschäftigung in neuen EU-Ländern, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel 2/2005*, S. 43.

in den meisten Ländern kräftig, auch wenn die Realeinkommen teilweise nicht mehr so hohe Zuwächse verzeichneten wie in den Vorjahren.¹²

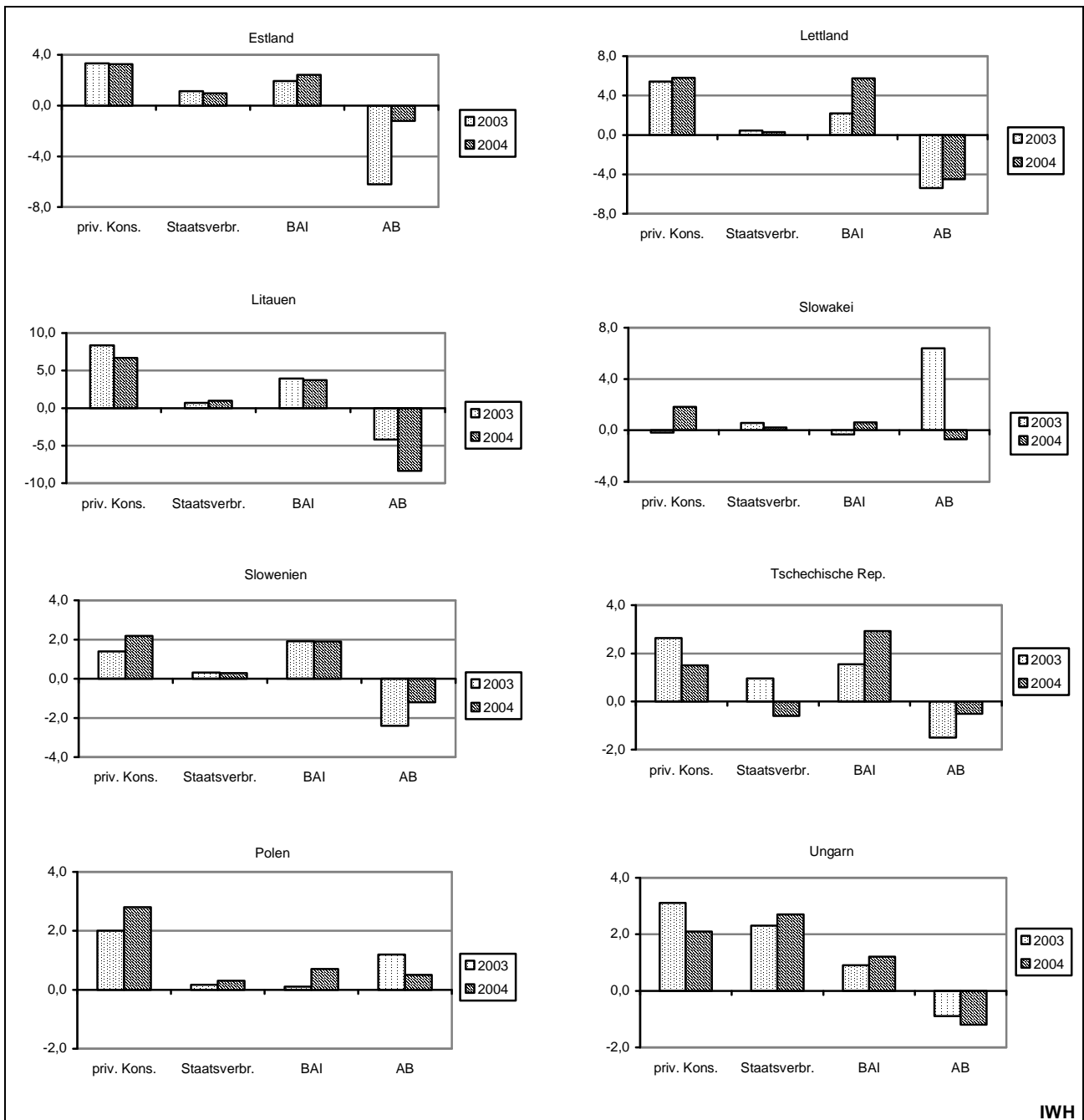
Die Bruttoanlageinvestitionen stiegen im vergangenen Jahr stärker als der private Konsum. Darin unterscheidet sich die Situation gegenüber den Vorjahren. Während die Investitionen noch bis in das Jahr 2003 hinein mit Ausnahme der baltischen Länder eher stagnative Tendenzen zeigten, wuchsen sie insbesondere in Ungarn und der Tschechischen Republik nunmehr kräftig. In Polen und der Slowakei sprangen sie erstmals wieder an, nachdem sie zwei Jahre lang gesunken waren. In der Tschechischen Republik leisteten die Bruttoanlageinvestitionen im vergangenen Jahr sogar den wichtigsten Beitrag zum Wirtschaftswachstum (vgl. Abbildung 5).

Der Anstieg der privaten Investitionen ging mit verbesserten Aussichten der Unternehmen und einer kräftigeren Nachfrage aus dem In- wie dem Ausland einher. Außerdem spiegeln sich in der Zunahme der gesamten Investitionen staatliche Infrastrukturmaßnahmen, beispielsweise in Ungarn und Slowenien im Autobahnbau, sowie ein erneuter Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen wider. Diese Investitionen werden sich mittelfristig weiter verstärken, wenn in größerem Umfang als bisher Mittel aus den EU-Strukturfonds in die neuen Mitgliedsländer fließen sowie die Direktinvestitionen aus dem Ausland weiter ansteigen werden. Auch eine aktivere Kreditpolitik der Geschäftsbanken, die durch Maßnahmen zur Anpassung der Risikovorsorgevorschriften an die EU-Standards ermöglicht wird, kann zur Ausweitung der Investitionen in den Unternehmen beitragen.¹³

¹² Neben den Löhnen stellen auch Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, aus Vermögen und aus Tätigkeiten in der Schattenwirtschaft eine wachsende Größe dar; nach Schätzungen betrug ihre Zunahme in Polen 2003 real mehr als 7%. Zudem steigt der Anteil der Selbständigen an der Beschäftigung mit dem Fortschreiten der wirtschaftlichen Umstrukturierung; in Polen betrug er 2002 knapp 40%. Vgl. ROCZNIK STATYSTYCZNY, 2003, S. 150.

¹³ Eine Anpassung der Vorschriften für die Risikovorsorge an die EU-Standards bedeutet eine Lockerung der bislang restriktiveren nationalen Regelungen in diesen Ländern im Vergleich zur EU mit entsprechenden Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Bankkrediten und auf die Kreditkonditionen für den Unternehmenssektor.

Abbildung 5:
Wachstumskomponenten in den neuen Mitgliedsländern 2003 und 2004
- Beiträge zum jährlichen BIP-Wachstum, in Prozentpunkten -



Komponenten: Privater Konsum, Staatsverbrauch, Bruttoanlageinvestitionen (BAI), Außenbeitrag (AB); Veränderungsraten mit den Anteilen am BIP gewichtet.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH.

Geringere Defizite in den Handelsbilanzen ...

Im vergangenen Jahr nahmen die Exporte der Beitrittsländer kräftig zu. Ausschlaggebend dafür war die Belebung der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Die Erholung der Konjunktur in Westeuropa und insbesondere der alten EU-Staaten blieb aller-

dings verhalten. Der Anstieg der Exporte ging im Wesentlichen auf die gestiegene Nachfrage in der eigenen Region und im asiatischen Raum zurück. Gleichzeitig verbesserte sich die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen: Die Lohnstückkosten in internationaler Währung sanken, da die Steigerung der Produktivität das überwiegend mäßige

Tabelle 2:

Gesamthandel der neuen Mitgliedsländer, der Beitrittskandidaten sowie Kroatiens, Russlands und der Ukraine, 2002-2006

- in Mrd. Euro, Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr -

		Exporte				Importe				Saldo			
		2003	2004	2005 ^a	2006 ^a	2003	2004	2005 ^a	2006 ^a	2003	2004	2005 ^a	2006 ^a
Neue Mitgliedsländer	Euro	172,2	206,4	231,2	263,5	199,0	231,5	257,0	287,8	-26,8	-25,1	-25,8	-24,3
	%	8,4	19,8	12,0	14,0	5,8	16,3	11,0	12,0				
Bulgarien	Euro	6,7	8,0	9,2	10,3	9,6	11,6	13,0	14,4	-2,9	-3,6	-3,8	-4,1
	%	10,0	19,9	15,0	12,0	14,3	20,9	12,0	11,0				
Rumänien	Euro	15,6	18,9	20,8	22,9	21,2	26,3	29,5	32,4	-5,6	-7,3	-8,7	-9,5
	%	6,4	21,3	10,0	10,0	12,3	24,0	12,0	10,0				
Kroatien	Euro	5,5	6,5	7,0	7,4	12,5	13,3	14,0	14,7	-7,1	-6,9	-6,9	-7,2
	%	5,4	18,0	8,0	6,0	10,8	6,3	5,0	4,0				
Russland	Euro	120,2	147,3	154,7	163,9	67,3	76,3	87,7	102,7	52,9	71,1	67,0	61,2
	%	5,8	22,6	5,0	6,0	4,3	13,4	15,0	17,0				
Ukraine	Euro	20,4	26,3	29,2	32,1	20,4	20,3	22,3	25,7	0,1	6,0	6,9	6,4
	%	7,4	28,8	11,0	10,0	13,3	-0,2	10,0	15,0				

^a Prognose.

Quellen: WIIW-Datenbank; Berechnungen des IWH.

Lohnwachstum und sogar die nominale Aufwertung überkompensierte.¹⁴ Im späteren Verlauf des Jahres zeichnete sich allerdings eine Abschwächung des Produktivitätswachstums ab, sodass der Aufwertungsfaktor zunehmend negativ zu Buche schlagen dürfte.

Die gestiegene Binnennachfrage in den Ländern bewirkte auch eine beträchtliche Zunahme der Importe. Besonders kräftig stiegen die Importe von Ausrüstungen und Vorleistungsprodukten. In den meisten Ländern (Ausnahmen: Polen und Tschechische Republik) kam es wegen der Importentwicklung trotz eines Anstiegs der Exporte zu einer Verschlechterung der Handelsbilanzen. Insgesamt verzeichnete die Beitrittsregion einen leichten Rückgang des Defizits auf etwa 25 Mrd. Euro (vgl. Tabelle 2).

Im Handel mit der EU drehte sich der Saldo der neuen Mitgliedsländer in ein Defizit von über 8 Mrd. Euro, nachdem 2003 noch ein Überschuss erzielt worden war (vgl. Tabelle 3). Dafür ausschlaggebend war die schwache Konjunktur in den EU-Ländern. In den Ländern, die seit mehreren Jahren positive Bilanzen im EU-Handel erzielen, (Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei) war

ein Abbau der Überschüsse zu verzeichnen. Eine ähnliche Entwicklung war auch für die Beitrittskandidatenländer Bulgarien und Rumänien zu beobachten. Auch deren Handelsbilanzen verschlechterten sich weiter. Damit wird auch kein besonderer Beitrittseffekt im Außenhandel der acht neuen Mitgliedsländer sichtbar.

... aber höhere Leistungsbilanzdefizite durch Gewinntransfers

Im vergangenen Jahr wurde deutlich, dass die gestiegenen Nettokapitalzuflüsse über die verschiedenen Mechanismen (Wechselkurs, Zins) zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanz führten. Dies galt insbesondere für Ungarn und die Slowakei, aber auch die baltischen Länder (vgl. Tabelle 4). Lediglich Polens Leistungsbilanz verbesserte sich, weil die Nationalbank einen Teil der Nettokapitalzuflüsse in ihre Devisenreserven lenkte. Dass das Defizit sich nicht durchgängig in einer höheren Relation zum BIP niederschlug, ist auch auf die nominale Aufwertung der Währungen zurückzuführen, so im Falle Ungarns.

Auffallend war die Verschlechterung der Einkommensbilanz. Die vier größten neuen Mitgliedsländern Polen, Ungarn, Slowakische Republik und Tschechische Republik verzeichneten einen Ein-

¹⁴ Vgl. WIIW, a. a. O., S. 10.

Tabelle 3:
 Außenhandel der neuen Mitgliedsländer mit der EU, 2002-2004
 - in Mio. Euro, Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr -

		Exporte			Importe			Saldo		
		2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
Estland	Euro	2 473	2 732	2 946	2 941	3 071	3 886	-467	-340	-940
	%	-3,7	10,4	7,8	8,5	4,4	26,5			
Lettland	Euro	1 459	1 582	1 683	2 266	2 357	2 524	-807	-775	-841
	%	6,7	8,4	6,4	10,1	4,0	7,1			
Litauen	Euro	2 746	2 653	3 299	3 599	3 770	4 413	-852	-1117	-1 114
	%	14,3	-3,4	24,4	21,1	4,8	17,1			
Polen	Euro	29 915	32 710	40 289	36 069	36 893	46 695	-6 154	-4 183	-6 406
	%	7,5	9,3	23,2	4,9	2,3	26,6			
Slowakei	Euro	9 246	11 735	13 428	8 840	10 266	12 266	406	1 468	1 162
	%	9,5	26,9	14,4	7,4	16,1	19,5			
Slowenien	Euro	6 509	6 595	7 268	7 869	8 233	9 628	-1 360	-1 638	-2 361
	%	1,2	1,3	10,2	2,5	4,6	16,9			
Tschechische Republik	Euro	27 841	30 071	37 261	25 896	26 943	36 127	1 945	3 128	1 135
	%	8,4	8,0	23,9	2,1	4,0	34,1			
Ungarn	Euro	27 425	28 063	31 134	22 459	23 255	29 793	4 966	4 808	1 341
	%	8,7	2,3	10,9	3,5	3,5	28,1			
Neue Mitgliedsländer	Euro	107 615	116 140	137 308	109 939	114 788	145 333	-2 324	1 352	-8 024
	%	7,7	7,9	18,2	4,6	4,4	26,6			

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH.

kommensabfluss von netto 16,5 Mrd. US-Dollar nach 11,6 Mrd. US-Dollar im Jahr 2003. Vom Anstieg entfielen allein 2 Mrd. US-Dollar auf Ungarn, wobei jeweils ungefähr die Hälfte auf Gewinnreparierung aus Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen entfiel.

Tabelle 4:
 Leistungsbilanzsalden in den neuen Mitgliedsländern 2003-2004
 - in Mio. US-Dollar und % des BIP -

	Mio. US-Dollar		in % des BIP	
	2003	2004	2003	2004
Estland	-1 199	-1 388	-13,2	-12,6
Lettland	-917	-1 673	-8,2	-12,4
Litauen	-1 218	-1 590	-6,9	-7,2
Polen	-4 599	-3 585	-2,0	-1,5
Slowakei	-276	-1 447	-0,8	-3,5
Slowenien	-99	-122	0,1	-0,7
Tschechien	-5 570	-5 574	-6,2	-5,2
Ungarn	-7 187	-8 825	-8,9	-8,8
Gesamt	-21 065	-24 204	--	--

Quellen: Nationalbanken; WIIW.

Ausblick für 2005 und 2006

Die Entwicklung der gesamten Region Mittel- und Osteuropas wurde durch den Beitritt von acht Ländern zur EU veränderten Rahmenbedingungen unterworfen. Bis zum Beitritt war die Transformation der Wirtschaften von der Plan- hin zur Marktwirtschaft bestimmendes Element in diesen Ländern. Die unterschiedlichen Transformationsfortschritte bewirkten auch Unterschiede in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Mit der EU-Mitgliedschaft eines Teils der Region werden nun weitere differenzierende Faktoren hinzukommen. Die sichtbarsten Auswirkungen werden aller Voraussicht nach eine Stabilisierung des Investitionswachstums und weitere Nettokapitalzuflüsse sein. Während über die Investitionen, teilweise finanziert von der EU, positive Wachstumsauswirkungen ausgehen werden, sind die Nettokapitalzuflüsse ambivalent einzuschätzen. Auch im laufenden Jahr wird sich der Anstieg der Portfolioinvestitionen fortsetzen, und die Nettokreditaufnahme des Bankensektors dürfte sich erholen. Insbesondere die daraus folgende Aufwertung der Währungen kann zu einer Verschlechterung der Wettbe-

werbsfähigkeit beitragen und die Inflationierung der Vermögenswerte die Gefahr von Finanzkrisen verstärken.

In den neuen Mitgliedsländern kann für 2005 von einer leichten Abschwächung der Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts auf 4,6% ausgegangen werden. Im nächsten Jahr wird es mit etwa 5% wieder leicht beschleunigt zunehmen. Die Abschwächung in diesem Jahr geht vor allem auf die Entwicklung in Polen zurück, wo die nominale und reale Aufwertung des Złoty gegenüber dem Euro eine weitere Ausweitung der Exporte verhindern wird. Zudem wird der private Konsum aufgrund geringer Beschäftigungs- und Reallohnzuwächse nur verhalten zulegen, sodass selbst eine stärkere Zunahme der Investitionen keine weitere Beschleunigung des Wirtschaftswachstums zur Folge haben wird. Auch in den übrigen Ländern werden die Impulse von der Binnennachfrage kräftig bleiben,

insbesondere wenn die Investitionen weiter expandieren. In Russland und der Ukraine wird sich das Wachstum leicht abschwächen, da mit einem geringeren Außenhandelsimpuls gerechnet werden muss. Die Inflation wird sich in der Region im Prognosezeitraum weiter zurückbilden.

Bei der Arbeitslosenquote zeichnet sich aufgrund des hohen Wirtschaftswachstums eine weitere Reduktion ab. In einigen Ländern werden die Beschäftigungsschwellen des Wachstums jedoch nicht übertroffen, sodass die Arbeitslosenquoten zunächst weiter steigen (Tschechische Republik, Slowakische Republik). Selbst bei einem generellen Rückgang der Arbeitslosigkeit muss mit einem weiteren Beschäftigungsabbau gerechnet werden.

Hubert.Gabrisch@iwh-halle.de
Martina.Kaempfe@iwh-halle.de

Registrierte Arbeitslosigkeit oder Erwerbslosigkeit: Gibt es das bessere Messkonzept?

Seit Januar 2005 werden zwei monatliche Statistiken veröffentlicht, die Auskunft über das Ausmaß der „Arbeitslosigkeit“¹⁵ geben sollen: Von der Bundesagentur für Arbeit (BA) wird die Statistik der *registrierten Arbeitslosigkeit*, vom Statistischen Bundesamt die *Erwerbslosenstatistik* („ILO/ EU-Arbeitskräfteerhebung“) veröffentlicht. In diesem Beitrag werden zunächst die beiden Messkonzepte der Arbeitslosigkeit vorgestellt und verglichen. Anschließend wird auf empirische Beobachtungen sowie Vor- und Nachteile der Messkonzepte eingegangen.

Die Statistik der registrierten Arbeitslosigkeit

Die Statistik der registrierten Arbeitslosigkeit wird monatlich von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht. Nach §§ 16 und 119 SGB III gelten Personen als „registriert arbeitslos“, wenn sie (i) bei

der Agentur für Arbeit arbeitslos gemeldet sind, (ii) beschäftigungslos sind oder einer geringfügigen Tätigkeit von höchstens 14 Stunden pro Woche nachgehen, (iii) eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von mindestens 15 Stunden pro Woche suchen und (iv) für die Vermittlung verfügbar sind. Verfügbarkeit bedeutet, dass die Person der Vermittlung in eine Beschäftigung oder in eine Maßnahme der aktiven Arbeitsmarktpolitik (AAMP) *sofort* zur Verfügung steht. Nicht als registriert arbeitslos zählen Personen, die keine Erwerbstätigkeit ausüben dürfen oder können, darunter Gefängnisinsassen, Ausländer ohne Arbeitserlaubnis oder Personen, die erwerbsunfähig erkrankt sind. Ebenfalls nicht registriert arbeitslos sind Personen im Bildungssystem, in Altersrente sowie Wehr- und Zivildienstleistende. Auch Teilnehmer an Maßnahmen der AAMP zählen per Gesetz nicht zu den registrierten Arbeitslosen.¹⁶ Nicht

¹⁵ Unter dem (allgemeinen) Begriff „Arbeitslosigkeit“ werden all jene Personen zusammengefasst, die weder einer abhängigen Beschäftigung noch einer selbständigen Tätigkeit nachgehen, obwohl sie Arbeit anbieten. Davon abzugrenzen sind die Messkonzepte der „registrierten Arbeitslosigkeit“ und der „Erwerbslosigkeit“, die in diesem Beitrag thematisiert werden.

¹⁶ Vgl. § 16 (2) SGB III. Dazu zählen etwa Personen, die subventioniert beschäftigt sind (z. B. ABM, SAM, JUMP Plus, Kurzarbeit) oder Teilnehmer an Bildungsmaßnahmen (z. B. Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung, Deutsch-Sprachlehrgänge).

registriert arbeitslos sind auch Personen, die nach § 125 (1) SGB III wegen verminderter Leistungsfähigkeit Arbeitslosengeld erhalten, nicht arbeitsbereite ältere Arbeitslose und Personen im „Altersruhestand wegen Arbeitslosigkeit“ (§ 428 SGB III).

Die Meldung eines Arbeitslosen bei der Agentur für Arbeit ist folglich eine notwendige Bedingung, damit die Person auch als registriert arbeitslos gezählt werden kann. Aus der Meldung bei der Agentur für Arbeit muss aber keine Zählung als registrierter Arbeitsloser folgen.

Die Statistik der registrierten Arbeitslosigkeit kann aus den Verwaltungsvorgängen der BA berechnet werden, weil sie aus allen bei den Agenturen für Arbeit gemeldeten Personen ermittelt wird. Diese Erhebungsmethodik ermöglicht eine schnelle und genaue Berechnung der registrierten Arbeitslosigkeit.

Die Statistik der Erwerbslosigkeit

Die International Labour Organisation (ILO) hat 1982 ein System zur Erfassung des Erwerbsstatus entwickelt („Labour Force Konzept“). Dieses Konzept wird in allen EU-Mitgliedsstaaten in Form der „EU-Arbeitskräfteerhebung“ (EU-AKE) einheitlich angewendet. Mit dem ILO/EU-AKE-Konzept soll die „ökonomische“, d. h. von nationaler Sozialgesetzgebung weitestgehend unabhängige Arbeitslosigkeit bestimmt werden.

Nach ILO/EU-AKE-Definition wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 Jahre und älter) in Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen unterteilt. Die „ökonomisch aktive“ Bevölkerung (Erwerbspersonen) gliedert sich in Erwerbstätige und Arbeitslose. Arbeitslose sind Personen, die (i) keiner Tätigkeit nachgehen, (ii) eine Tätigkeit suchen und (iii) diese innerhalb von zwei Wochen antreten können. Dabei ist es im Gegensatz zur BA-Definition der Arbeitslosigkeit unerheblich, ob es sich bei der gesuchten Tätigkeit um eine selbständige Tätigkeit oder eine abhängige Beschäftigung, gleich welcher Arbeitszeit, handelt.¹⁷ Zudem wird für die Erwerbslosigkeit eine *aktive* Suche in den vier Wochen vor der Befra-

¹⁷ Für die Definition der Erwerbslosigkeit ist es zudem unerheblich, ob die angestrebte Tätigkeit der Sozialversicherungspflicht unterliegt.

gung vorausgesetzt, in der BA-Statistik reicht dagegen die Meldung bei der Agentur für Arbeit aus.¹⁸

Der Erwerbsstatus wird in Deutschland jährlich vom Statistischen Bundesamt im Rahmen des Mikrozensus erhoben.¹⁹ Seit Januar 2005 wird neben der jährlichen Mikrozensus-Umfrage auch eine monatliche Befragung durchgeführt, sodass – wenn gleich mit Verzögerung zur Arbeitslosenstatistik der BA – monatliche Daten zum Erwerbsstatus vorliegen.

Abgrenzung der Messkonzepte

BA- und ILO/EU-AKE-Konzept grenzen sich in ihren Definitionen deutlich voneinander ab. So sind etwa Personen nicht erwerbslos, wenn sie auch nur eine Stunde in der Berichtswoche arbeiten, auf der anderen Seite müssen registrierte Arbeitslose bei der Agentur für Arbeit gemeldet sein, was für die Erwerbslosigkeit keine Voraussetzung darstellt (vgl. Tabelle).

Die Gesamtheit aus Erwerbs- und registrierten Arbeitslosen setzt sich aus (i) ausschließlich Erwerbslosen, (ii) ausschließlich registrierten Arbeitslosen und (iii) Erwerbs- und registriert Arbeitslosen zusammen. Ausschließlich erwerbslos sind Personen, die ohne Einschaltung der Agentur für Arbeit auf der Suche nach einer Tätigkeit sind, etwa weil sie sich von der Meldung keinen Erfolg versprechen. Auch Personen, die eine selbständige Tätigkeit suchen und keine abhängige Beschäftigung annehmen würden, werden von der BA nicht als registriert arbeitslos geführt. Nicht erwerbslos, aber registriert arbeitslos sind Personen, die nur wegen der mit der Registrierung verbundenen Leistungen arbeitslos gemeldet sind, eigentlich aber keine Arbeit suchen. Ebenso zählen registrierte Arbeitslose dann nicht als erwerbslos, wenn sie ge-

¹⁸ Nach § 119 (1) 2 SGB III werden zwar auch von Arbeitslosen „Eigenbemühungen“ erwartet, dies muss aber nicht mit einem Erwerbswunsch einhergehen. Denkbar sind registrierte Arbeitslose, die sich arbeitslos gemeldet haben, um Ansprüche aus der Sozialversicherung nicht zu verlieren.

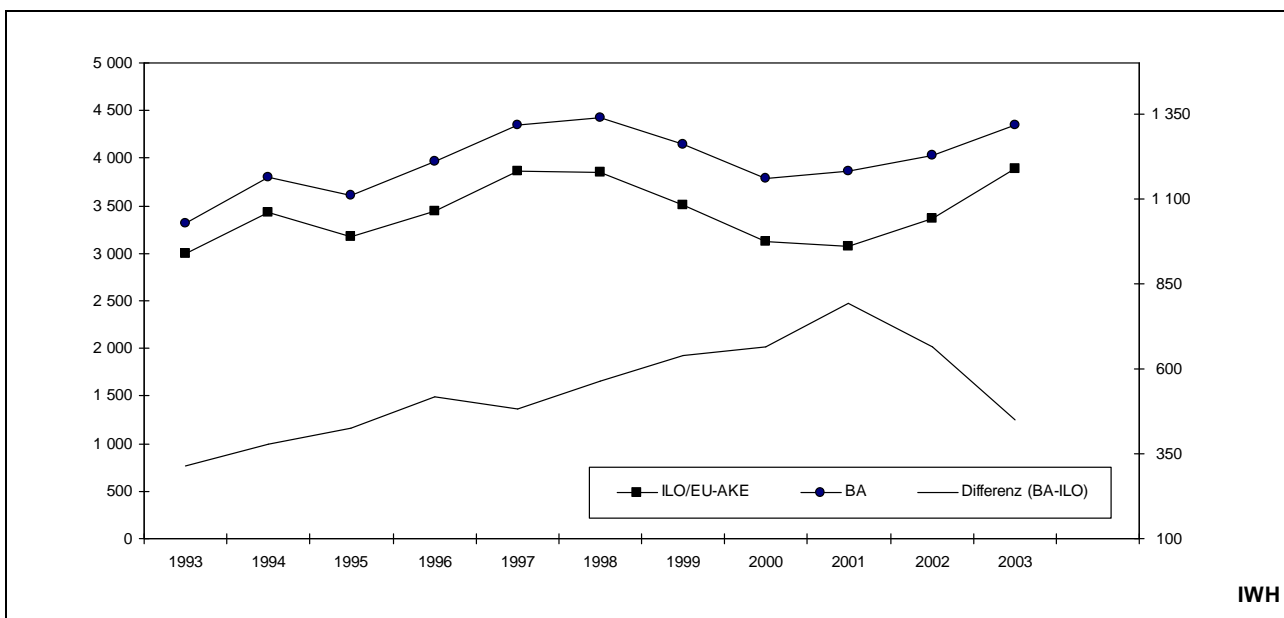
¹⁹ Der Mikrozensus ist eine repräsentative 1%-Stichprobe der Bevölkerung. Ziel ist die „Bereitstellung von Informationen über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung und der Familien, den Arbeitsmarkt sowie die berufliche Gliederung und Ausbildung der Erwerbsbevölkerung.“ Vgl. HOLST, E.: Die Stille Reserve am Arbeitsmarkt. edition sigma, Berlin 2000.

Tabelle:
Unterschiede zwischen ILO/EU-AKE- und BA-Konzept

	Registrierte Arbeitslose (BA)	Erwerbslose (ILO/EU-AKE)
Erlaubte Tätigkeit	Max. 14h/Woche	Keine Tätigkeit
Gesuchte Tätigkeit	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit mindestens 15h/Woche	Selbständige oder abhängige Beschäftigung gleich welchen Umfangs
Alter	15 bis 65 Jahre	ab 15 Jahre
Suchstrategien	persönliche Meldung bei der Agentur für Arbeit	aktive Suche nach Arbeit (in den vergangenen vier Wochen)
Verfügbarkeit	sofort	innerhalb von zwei Wochen

Quellen: §§ 16 und 119 SGB III; Eurostat.

Abbildung:
Registrierte Arbeitslosigkeit (BA) und Erwerbslosigkeit nach ILO/EU-AKE (linke Skala) und Differenz (rechte Skala) 1993 bis 2003
- in 1 000 Personen -



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA) und Statistisches Bundesamt; Registrierte Arbeitslosigkeit der jeweiligen Erhebungsmonaten des Mikrozensus; Berechnungen des IWH.

ringförmig beschäftigt sind. Ein großer Teil aller registrierten Arbeitslosen und Erwerbslosen gehört indes beiden Gruppen an. Nach einer Untersuchung des Statistischen Bundesamtes sind 67% der Erwerbslosen und 57% der registrierten Arbeitslosen in der „Schnittmenge“ der Arbeits- und Erwerbslosigkeit enthalten.²⁰

²⁰ Die „Schnittmenge“ kann lediglich auf Basis des Mikrozensus berechnet werden, weil hier die Grundgesamtheit (die gesamte Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) enthalten ist und auch nach einer „Meldung bei der Agentur für Arbeit“ gefragt wird. Diese Meldung muss aber nicht identisch mit einer Registrierung nach BA-Definitionen sein.

Empirische Beobachtungen

Auf Basis der Definitionen der beiden Messkonzepte lässt sich keine Aussage darüber treffen, wie sich die Höhe der beiden Statistiken zueinander verhält. Empirisch verlief die Kurve der registrierten Arbeitslosigkeit immer oberhalb und abgesehen von Schwankungen weitestgehend parallel zur Kurve der Erwerbslosigkeit nach ILO/EU-AKE-Konzept (vgl. Abbildung).

Die Daten entstammen einer Untersuchung des Statistischen Bundesamtes auf Basis der Pilot-Erhebung zur monatlichen Mikrozensus-Umfrage zwischen Juli 2003 und Juni 2004.

Obwohl die Determinanten der Differenz quantitativ nicht exakt zu bestimmen sind und daher auch der parallele Verlauf nicht zu erklären ist,²¹ lassen sich aus den Definitionen der Konzepte wichtige Einflussfaktoren ableiten. So kann die Differenz von der Konjunktur beeinflusst werden, weil Arbeitslose es in Phasen hoher Arbeitsnachfrage möglicherweise als nicht notwendig oder als nicht hilfreich ansehen, sich bei der Agentur für Arbeit als arbeitssuchend bzw. arbeitslos zu melden, obwohl sie Arbeit suchen. Zudem treten erst in Phasen hoher Arbeitsnachfrage „entmutigte Arbeitslose“ auf den Arbeitsmarkt, die in Zeiten geringer Arbeitsnachfrage keine Arbeit anbieten. Neben konjunkturellen Effekten dürfte auch die Nachfrage von Unternehmen nach geringfügigen Beschäftigungen Einfluss auf die Differenz der beiden Statistiken haben, da Erwerbslose keiner Tätigkeit nachgehen dürfen, während registrierte Arbeitslose bis zu 14 Stunden pro Woche arbeiten dürfen.

Auch der Zeitpunkt der Erhebung kann zu einer Unterschätzung der Erwerbslosigkeit führen. Während die ILO/EU-AKE-Statistik für eine Berichtswoche erhoben wird, wird die BA-Statistik an einem Stichtag bestimmt. Personen, die in der Berichtswoche in Erwerbslosigkeit oder in Erwerbstätigkeit wechseln, werden in beiden Fällen als erwerbstätig gezählt, während sie nach BA-Kriterien je nach genauem Stichtag als registriert arbeitslos zählen.²²

Vor- und Nachteile der Messkonzepte

Ziel der ILO/EU-AKE-Statistik ist, das Ausmaß der Arbeitslosigkeit anhand einheitlicher Definitionen international vergleichen zu können. Sie orientiert sich stärker an ökonomischer Intuition als die registrierte Arbeitslosigkeit, weil all die Personen erfasst werden, die unabhängig von Art und Umfang der Tätigkeit und unabhängig von einer Meldung bei der Arbeitsverwaltung Arbeit auf dem Arbeits-

markt anbieten. Während die BA-Statistik durch gesetzliche Umklassifizierung von registrierten Arbeitslosen durch die Legislative beeinflusst werden kann, ist dies bei der europaweit einheitlich berechneten Erwerbslosenstatistik nach ILO/EU-AKE nicht möglich. Jedoch wird auch die Erwerbslosenstatistik durch die nationale Gesetzgebung beeinflusst, zuletzt im Rahmen der Reform des zweiten Sozialgesetzbuches. Die Steigerung der Erwerbslosenzahlen zu Beginn des Jahres 2005 kann neben der saisonalen und der konjunkturellen Komponente auch durch eine „Aktivierung“ von SGB II-geförderten Personen beeinflusst worden sein.

Ein Vorteil der BA-Statistik ist, dass ihre Erfassung nicht auf Befragung und Hochrechnung, sondern auf der Auswertung von Verwaltungsvorgängen beruht. Dies ermöglicht eine schnelle und genaue Ermittlung der Statistiken, was z. B. für die Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage wichtig ist. Die Erwerbslosenstatistik wird dagegen durch eine Telefon-Befragung („CATI“) und anschließende Hochrechnung ermittelt. Fehlerquellen können potenziell im Antwortverhalten der Befragten und der Hochrechnung liegen. So entspricht die ausgewiesene Höhe der Erwerbslosigkeit nur mit einer – wenngleich hohen – Wahrscheinlichkeit dem wahren Wert.²³ Wegen der Hochrechnung und damit verbundener statistischer Schwierigkeiten können zudem nur begrenzt detaillierte Angaben über die Erwerbslosigkeit von Untergruppen nach sozio-ökonomischen oder regionalen Merkmalen gemacht werden, was bei der Arbeitslosenstatistik dagegen möglich ist.

Schließlich ist die Erwerbslosenstatistik unbrauchbar, wenn es um die Planung der direkten Kosten der Arbeitslosigkeit geht. Nur auf der Basis der tatsächlich registrierten Arbeitslosen kann der Finanzbedarf der BA ermittelt werden.

Schlussbetrachtung

Die beiden Messkonzepte zur Erfassung der Arbeitslosigkeit geben seit Januar 2005 monatlich Auskunft über die Situation am Arbeitsmarkt in Deutschland. Aber weder die BA- noch die ILO-Statistik ist in der Lage, das „wahre“ Ausmaß der

²¹ Nach Kenntnisstand des Autors gibt es keine empirischen Untersuchungen zur Bestimmung der Determinanten der Differenz zwischen Arbeits- und Erwerbslosigkeit.

²² Vgl. SEIFERT, W: Arbeitslosigkeit, Erwerbslosigkeit, Stille Reserve, Statistische Analysen und Studien NRW, Bd. 12. Düsseldorf 2003. Die Berichtswoche des jährlichen Mikrozensus liegt im April, die des monatlichen Mikrozensus jeweils in der Mitte des Monats. Seit Januar 2005 liegt auch der Stichtag der BA-Statistik auf der Mitte des Monats (Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit, Februar 2005, Nürnberg).

²³ Die Höhe der Erwerbslosigkeit hat nach Angaben des Statistischen Bundesamtes einen Standardfehler von 2,5%. Das Konfidenz-Intervall für 2003 liegt daher zwischen 3,80 und 3,99 Mio. Personen.

Unterbeschäftigung vollständig zu beschreiben. So werden bei beiden Konzepten Teilnehmer an AAMP-Maßnahmen nur teilweise bzw. überhaupt nicht berücksichtigt. Zudem fehlt beiden Konzepten die systematische Erfassung der „entmutigten“ Arbeitslosen, die wegen schlechter Arbeitsmarktlage die Suche nach einer Tätigkeit aufgegeben haben, in Zeiten einer höheren Arbeitsnachfrage jedoch wieder Arbeit anbieten werden.

Es gibt also kein besseres oder schlechteres Konzept zur Erfassung der Unterbeschäftigung, vielmehr muss je nach Fragestellung entschieden werden, welche Statistik verwendet wird. Die vermeintliche „Wahl“ zwischen den beiden Statistiken sollte jedoch nicht dazu verleiten, je nach Standpunkt die „genehme“ Statistik zu wählen.

Jan.Sauermann@iwh-halle.de

Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland: Wer ist erwerbstätig, wer ist unterbeschäftigt?

Grenzen zwischen Erwerbstätigkeit und Unterbeschäftigung zunehmend fließend

Das IWH erarbeitet seit Jahren regelmäßig eine Arbeitsmarktbilanz. Damit wird das Ziel verfolgt, Umfang und Struktur der Erwerbstätigkeit sowie der Unterbeschäftigung in Ost- und Westdeutschland aufzuzeigen sowie die Entwicklung der einzelnen Komponenten der Erwerbstätigkeit und der Unterbeschäftigung²⁴ zu prognostizieren (vgl. Tabelle). Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie sich die Zahl der *Erwerbstätigen im ersten Arbeitsmarkt* in Abgrenzung von der Zahl der *Erwerbstätigen im zweiten Arbeitsmarkt* entwickelt. Hinzu kommt, dass bei der Vielfalt von arbeitsmarktpoli-

tischen Programmen oftmals schwer zu diskriminieren ist, ob die Teilnehmer der einzelnen Maßnahme statistisch als erwerbstätig oder als arbeitslos gezählt werden oder gar aus beiden Statistiken „herausfallen“ und damit einer der vielen Formen der „sonstigen Unterbeschäftigung“ zuzurechnen sind. Für die fundierte Beurteilung der Arbeitsmarktlage und die Ableitung wirtschaftspolitischer Vorschläge ist es jedoch unumgänglich, ein statistisch exaktes Abbild von Erwerbstätigkeit und Unterbeschäftigung in ihren vielfältigen Formen vorzulegen. Aus diesen Gründen wird am IWH seit über elf Jahren kontinuierlich an der Fortentwicklung der institutseigenen Arbeitsmarktbilanz gearbeitet.²⁵

Die Aufbereitung der amtlichen Arbeitsmarktstatistiken für die Arbeitsmarktbilanz des IWH hat von jeher eine Reihe von Erfassungs- und Zuordnungsproblemen hervorgerufen. Mit Inkrafttreten des Vierten Gesetzes für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (HARTZ IV) treten nunmehr neue Probleme – und hier sogar bei der statistischen Erfassung der registrierten Arbeitslosigkeit – auf. Im Folgenden werden einige wichtige „alte“ wie auch „neue“, durch die Umsetzung von HARTZ IV entstandene Probleme bei der Darstellung von Erwerbstätigkeit und Unterbeschäftigung in der Arbeitsmarktbilanz des IWH kurz diskutiert.

²⁴ Unter Unterbeschäftigung wird dabei die registrierte Arbeitslosigkeit sowie die sonstige Unterbeschäftigung wie Kurzarbeit, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen etc. verstanden. Letztere wird auch als *Stille Reserve in Maßnahmen* bezeichnet. Vgl. FUCHS, J.: Erwerbspersonenpotential und Stille Reserve – Konzeption und Berechnungsweise, in: Kleinhenz, G. (Hrsg.), IAB-Kompodium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. BeitrAB 250. Nürnberg 2002, S. 82. In das umfassendere Konzept der Unterbeschäftigung wird auch die *Stille Reserve im engeren Sinne* einbezogen. Dabei handelt es sich um Personen, die beschäftigungslos sind und Arbeit suchen, ohne bei den Arbeitsagenturen als arbeitslos registriert zu sein sowie Personen, die bei ungünstiger Lage auf dem Arbeitsmarkt die Arbeitssuche entmutigt aufgegeben haben, aber bei guter Arbeitsmarktsituation Arbeitsplätze nachfragen würden. Vgl. AMTLICHE NACHRICHTEN DER BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT: Arbeitsmarkt 2003, S. 51. Am IWH werden keine Untersuchungen zur *Stillen Reserve i. e. S.* durchgeführt. Bei der Berechnung der Unterbeschäftigung i. w. S. werden deshalb die Schätzungen der Stillen Reserve i. e. S. durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg übernommen. Vgl. BRAUTZSCH, H.-U.: „Arbeitsplatzlücke“ im Osten fast doppelt so hoch wie im Westen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 11/2004, S. 295-300.

²⁵ Die erste umfassende Arbeitsmarktbilanz des IWH erschien im Jahr 1994. Vgl. SCHNEIDER, H. et al.: Arbeitsmarktperspektiven Ostdeutschlands bis zum Jahr 2010. IWH-Forschungsreihe 5/1994, S. 10.

Generelle Erfassungs- und Zuordnungsprobleme

Mit der Weiterentwicklung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums werden weniger bewährte arbeitsmarktpolitische Programme eingestellt und neue Programme initiiert. Diesen Veränderungen muss der Aufbau der IWH-Arbeitsmarkt看anz regelmäßig angepasst werden. Beispielsweise können durch Veränderungen in der statistischen Abgrenzung einzelner Größen in den Zeitreihen der einzelnen Komponenten „Brüche“ entstehen, sodass der intertemporale Vergleich mit früher veröffentlichten Bilanzen nicht mehr möglich ist.²⁶

Die Angaben zur Erwerbstätigkeit beruhen auf den Veröffentlichungen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder. Dieser passt die vom Statistischen Bundesamt ermittelten gesamtwirtschaftlichen Eckdaten zur Erwerbstätigkeit auf die Bundesländer an. Zwischen der Bekanntgabe der gesamtwirtschaftlichen Eckwerte für Deutschland und für die Länder entsteht damit ein mehr oder weniger großer time lag. Besonders gravierend erweist sich dies anlässlich der etwa aller fünf Jahre stattfindenden Revisionen des Zahlenwerkes der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Beispielsweise hat das Statistische Bundesamt Ende Februar dieses Jahres – rückwirkend bis 1991 – revidierte Daten zur Erwerbstätigkeit in Deutschland veröffentlicht, die für das Jahr 2004 um 381 000 Personen höher liegen als beim vorherigen Rechenstand.²⁷ Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung“, der kurz zuvor Daten zur Erwerbstätigkeit in den Bundesländern für das Jahr 2004 vorgelegt hatte, wird erst im späten Verlauf

²⁶ Vgl. Anmerkungen 1 bis 3 zur Arbeitsmarkt看anz. Zu beachten ist in dem Zusammenhang auch, dass seit einigen Jahren in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit Berlin der Großregion Ostdeutschland zugeordnet wird. Im Rahmen der Konjunktur- und Arbeitsmarktprognosen des IWH wird Berlin nicht Ostdeutschland zugerechnet. Die Ursache hierfür liegt darin, dass bei einem Vergleich von Kennziffern wie beispielsweise der Arbeitsproduktivität zwischen Ost- und Westdeutschland die Einbeziehung von Berlin zu einer Beschönigung der tatsächlichen Leistungskraft der neuen Bundesländer führen würde, da die gesamtwirtschaftliche Produktion von Berlin immer noch erheblich über der von Ostdeutschland liegt. Da für Berlin gesonderte Daten für viele Komponenten der Unterbeschäftigung nicht verfügbar sind, müssen aus den Angaben der Bundesagentur für Arbeit für Ostdeutschland geschätzte Werte für Berlin herausgerechnet werden.

²⁷ Vgl. auch Anmerkung 4 zur Arbeitsmarkt看anz.

dieses Jahres die Anpassung der Länderergebnisse an die neuen Eckwerte veröffentlichen, sodass bis dahin nur mit „veralteten“ Daten operiert werden kann oder durch eigene Schätzungen eine Anpassung der Länderwerte vorgenommen werden muss.

Statistische Effekte durch die Umsetzung von HARTZ IV

Die Umsetzung des Vierten Gesetzes für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt beeinflusst die statistische Erfassung des Arbeitsgeschehens auf verschiedene Weise. Hierzu zählen insbesondere:²⁸

- Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird angehoben, da sich jeder erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger als arbeitssuchend bzw. arbeitslos melden muss, um das Arbeitslosengeld II zu erhalten. Der überwiegende Teil dieser Personen war aber bereits als arbeitslos registriert bzw. erwerbstätig. Der Anstieg der registrierten Arbeitslosen resultiert jedoch daraus, dass sich bisher nicht arbeitslos registrierte Sozialhilfeempfänger, die arbeitsfähig sind, als arbeitslos melden müssen. Dies betrifft auch erwerbsfähige Angehörige von ehemaligen Arbeitslosenhilfeempfängern, denen Arbeit zugemutet werden kann. Diese Personengruppe wurde bisher zur Stillen Reserve im engeren Sinne gerechnet.
- Mit der intensiveren Betreuung der Arbeitslosen durch die Bundesagentur für Arbeit, der weiterhin starken Inanspruchnahme der staatlichen Förderprogramme zur Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit sowie dem verstärkten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente – insbesondere von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (1-Euro-Jobs) – wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen abgesenkt und die der Erwerbstätigen angehoben.
- Die Personen mit 1-Euro-Jobs werden generell nicht als arbeitslos registriert und gehen fortan in die Zahl der Erwerbstätigen ein. Von ihrer Stel-

²⁸ Im Folgenden werden nur die Faktoren angesprochen, die unmittelbar den Aufbau und die Aussagekraft der Arbeitsmarkt看anz des IWH beeinflussen. Über weitere arbeitsmarktstatistische Änderungen informieren in diesem Heft die Beiträge von SAUERMAN, J.: Registrierte Arbeitslosigkeit oder Erwerbslosigkeit: Gibt es *das* bessere Messkonzept? und BUSCHER, H.: Wer ist arbeitslos, wer ist Leistungsbezieher?

Tabelle:
Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland (ohne Berlin)

		2001	2002	2003	2004
		in 1 000 Personen			
1	Erwerbsfähige ^a	9 640	9 548	9 460	9 382
2	Erwerbstätige in Ostdeutschland (Inland)	5 847	5 752	5 686	5 683
3	Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(2)-(15)-(16)]	5 697	5 631	5 586	5 588
4	<i>Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen im ersten Arbeitsmarkt und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt^b</i>	148	150	163	170
5	<i>Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(3)-(4)]</i>	5 549	5 481	5 423	5 418
6	Pendlersaldo	-397	-398	-404	-397
7	Erwerbstätige aus Ostdeutschland (Inländer) [(2)-(6)]	6 244	6 150	6 090	6 080
8	Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(7)-(15)-(16)]	6 094	6 029	5 990	5 985
9	<i>darunter: Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(8)-(4)]</i>	5 946	5 879	5 827	5 815
10	Unterbeschäftigung [(11)+(12)]	1 713	1 736	1 711	1 683
11	<i>Arbeitslose</i>	1 259	1 274	1 317	1 302
12	<i>Sonstige Unterbeschäftigte [(13)+(14)+(15)+(16)+(17)+(18)+(19)+(20)+(21)+(22)]</i>	454	462	394	381
13	<i>Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III</i>	35	42	30	30
14	<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	13	20	14	14
15	<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen^c</i>	150	121	100	90
16	<i>I-Euro-Jobs</i>				5
17	<i>Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (nur Vollzeitmaßnahmen)</i>	125	120	81	55
18	<i>Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen</i>	15	17	26	25
19	<i>Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen</i>	5	6	4	4
20	<i>Vorruheständler^d</i>	81	99	103	130
21	<i>Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten</i>	6	7	7	8
22	<i>Ausfall durch sonstige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen^e</i>	24	30	29	20
23	Erwerbspersonenpotenzial ohne Stille Reserve ^f [(8)+(10)-(14)-(21)]	7 788	7 738	7 680	7 646
		in % (Inländerkonzept)			
24	Erwerbsbeteiligungsquote [(23)/(1)*100]	80,8	81,0	81,2	81,5
25	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt [(8)/(1)*100]	63,2	63,1	63,3	63,8
26	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(9)/(1)*100]	61,7	61,6	61,6	62,0
27	Erwerbstätigenquote insgesamt [(7)/(1)*100]	64,8	64,4	64,4	64,8
28	Unterbeschäftigungsquote [(10)/(23)*100]	22,0	22,4	22,3	22,0
29	Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung {[(11)+(13)]/(10)*100}	75,5	75,8	78,7	79,1
30	Arbeitslosenquote {[(11)+(13)]/[(7)+(11)+(13)]*100}	17,2	17,6	18,1	18,0
31	Quote der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen {[(4)+(12)]/(23)*100}	7,7	7,9	7,3	7,2
		in Millionen Stunden			
32	Geleistetes Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inland) [(33)*(2)/1000]	8 988	8 729	8 638	8 621
		in Stunden			
33	Geleistetes Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen (Inland)	1 537,2	1 517,4	1 519,2	1 517,0
		in 1 000 Personen			
34	Gemeldete Stellen	63,4	65,5	53,5	47,0
35	Offene Stellen insgesamt ^g	140	144	133	
		Personen			
36	Unterbeschäftigte je gemeldete Stelle [(10)/(34)*100]	27,0	26,5	32,0	35,8
37	Unterbeschäftigte je offene Stelle insgesamt [(10)/(35)*100]	12,2	12,1	12,9	

Tabellenerklärung:

^a Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – ^b Teilnehmer an Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Unternehmen (SAM OfW); Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Arbeitnehmerhilfen bzw. Arbeitsentgeltzuschuss; Überbrückungsgeld; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt); ab 2003: einschließlich der durch PSA betreuten Personen, durch „Kapital für Arbeit“ beschäftigte Personen und „Ich-AGs“; Entgeltsicherung für Ältere. – ^c Einschließlich traditioneller Strukturanpassungsmaßnahmen; ab 2002: einschließlich Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen. – ^d Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – ^e Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, am Programm JUMP+, am Programm Arbeit für Langzeitarbeitslose sowie die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^f Der Abzug des Arbeitsausfalls bei Kurzarbeit und durch Altersteilzeit erfolgt, um eine Doppelzählung zu vermeiden. Arbeitslose mit geringfügiger Beschäftigung oder traditioneller Teilzeitbeschäftigung sind mangels Quantifizierbarkeit doppelt enthalten. – ^g Zu den *Offenen Stellen insgesamt* zählen die bei den Arbeitsämtern *gemeldeten Stellen* sowie die dem Arbeitsamt *nicht gemeldeten offenen Stellen*, die vom IAB durch eine Hochrechnung ermittelt werden. Bei den Offenen Stellen insgesamt wird Berlin-Ost zu Ostdeutschland und Berlin-West zu Westdeutschland gezählt.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Stand: Februar 2005); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des IWH.

Anmerkungen:

1. Die IWH-Arbeitsmarktbilanz weist – rückwirkend ab dem Jahr 2000 – einige früher nicht erfasste Formen der Unterbeschäftigung nach. Außerdem werden die Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen nunmehr den direkten Eingliederungshilfen zugerechnet (Zeile 4). Die Vergleichbarkeit mit früher veröffentlichten Arbeitsmarktbilanzen ist daher eingeschränkt. Zur Methodik vgl. BRAUTZSCH, H.-U.; HARDT, G.; SCHULTZ, B.: Neue Arbeitsmarktbilanz: Mehr Transparenz von arbeitsmarktpolitischen Eingriffen, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 10/2002, S. 313-317.
2. Mit dem Dritten Gesetz für Moderne Dienstleistungen, das seit dem 1. Januar 2004 in Kraft ist, wurde der § 16 des SGB III ergänzt. Danach gelten alle Teilnehmer an Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik prinzipiell nicht als arbeitslos. Dies entspricht grundsätzlich der bisher angewandten Praxis. Eine Änderung ergibt sich allein für die Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, die bisher auch während der Dauer der Maßnahme als arbeitslos gezählt wurden. In der Arbeitsmarktbilanz des IWH wird die Zahl dieser Personen künftig separat als eine Form der Unterbeschäftigung (Zeile 18) erfasst.
3. Ab dem vierten Quartal 2004 werden durch die Bundesagentur für Arbeit in Zusammenarbeit mit kommunalen Partnern und anderen regionalen Beschäftigungsträgern für Arbeitslose zusätzliche 1-Euro-Jobs angeboten. Die Personen mit einem 1-Euro-Job werden nicht mehr als arbeitslos registriert und gelten als beschäftigt. Sie sind damit in der IWH-Arbeitsmarktbilanz in den Größen „Erwerbstätige“ und „Sonstige Unterbeschäftigte“ enthalten.
4. Im Februar 2005 wurden seitens des Statistischen Bundesamtes rückwirkend bis 1991 neue und höhere Erwerbstätigenzahlen veröffentlicht. Die Neuberechnung ist Teil einer umfassenden Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), die turnusmäßig in mehrjährigen Abständen durchgeführt wird. Die Veröffentlichung des kompletten, neu berechneten Datensatzes der VGR ist für Ende April dieses Jahres angekündigt. In der oben stehenden Arbeitsmarktbilanz sind die Angaben zur Erwerbstätigkeit und zum Arbeitsvolumen enthalten, die im Januar 2005 vom Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Ländern vorgelegt wurden und die noch auf dem vorletzten Rechenstand der Erwerbstätigenrechnung des Statistischen Bundesamtes beruhen.
5. In der Arbeitsmarktbilanz des IWH werden einige Personengruppen, die nicht zu den Erwerbstätigen im ersten Arbeitsmarkt zählen und Formen der Unterbeschäftigung zuzurechnen sind, bisher nicht einbezogen, da gegenwärtig ihre statistische Erfassung bzw. ihre Zuordnung Probleme bereitet. Zu diesen gehören beispielsweise die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger, die im Zuge der Umsetzung von HARTZ IV nunmehr als Arbeitslose registriert werden, oder die Jugendlichen in außerbetrieblicher Ausbildung.

lung zum ersten Arbeitsmarkt her müssen diese Personen jedoch den Unterbeschäftigten zugeordnet werden, da ohne staatliche Beschäftigungsprogramme diese Jobs größtenteils nicht entstanden wären.²⁹ Analog zu den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind diese Personen dem zweiten Arbeitsmarkt zuzuordnen.

- Ein Teil der früheren Arbeitslosenhilfeempfänger, der wegen der verstärkten Anrechnung von Einkommen von Haushaltsangehörigen ab Januar 2005 kein Arbeitslosengeld II erhält, dürfte seine Arbeitslosmeldung nicht mehr erneuern. Statistisch wären diese Personen dann der Stil-

len Reserve im engeren Sinne zuzurechnen. Der Personenkreis dürfte jedoch gering sein, da viele Personen insbesondere zur Sicherung von Rentenansprüchen ihre Arbeitslosmeldung aufrecht erhalten.

- Und schließlich wird die Statistik der offenen Stellen dahingehend modifiziert, dass fortan auch freie 1-Euro-Jobs zu den offenen Stellen gezählt werden.

Fazit

Mit dem Inkrafttreten des Vierten Gesetzes für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt ist eine Modifikation der statistische Abbildung des Arbeitsmarktgeschehens in der Arbeitsmarktbilanz

²⁹ Siehe Zeile 16 in der Arbeitsmarktbilanz.

des IWH notwendig: 1-Euro-Jobs werden nunmehr als eigenständige Komponente der sonstigen Unterbeschäftigung ausgewiesen.³⁰ Zudem ist ab dem Jahr 2005 insbesondere bei den registrierten Arbeitslosen aufgrund der generellen Meldepflicht der früheren arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger mit einem Bruch in der Zeitreihe zu rechnen. Auch die Zahl der Erwerbstätigen wird durch den Anstieg der 1-Euro-Jobs beeinflusst werden. Die Kon-

sequenzen, die sich ex-ante für die Entwicklung insbesondere der registrierten Arbeitslosen und der Erwerbstätigen ergeben werden, können zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht seriös abgeschätzt werden, sodass in der Arbeitsmarktbilanz für Ostdeutschland vorerst nur der Ex-post-Zeitraum bis 2004 ausgewiesen wird.

Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de

Wer ist arbeitslos, wer ist Leistungsbezieher?

Wer bis einschließlich Dezember 2004 etwas über die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt wissen wollte, sah in den entsprechenden Veröffentlichungen der Bundesagentur für Arbeit nach und informierte sich über die Zahl der Arbeitslosen, die Zahl der Personen, die in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik eingebunden sind, die Vermittlungen etc. Seit Januar 2005 hat sich diese Welt geändert.³¹ Wer die Tabellen im Monatsbericht „Der Arbeitsmarkt in Deutschland, Januar 2005“ studiert, ist zunächst einmal verwirrt. Neben den 5,037 Millionen registrierten Arbeitslosen für den Januar werden insgesamt 6,16 Millionen Personen als Empfänger von Arbeitslosengeld I (ALG I) bzw. Arbeitslosengeld II (ALG II) gemeldet, darunter wiederum 4,21 Millionen Personen, die arbeitslos sind und einen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB III bzw. SGB II haben.³² Weitere 1,52 Millionen Personen sind als Bezieher von Sozialgeld ausgewiesen. Und schließlich, von den 5,61 Millionen Personen, die in den 2,94 Millionen Bedarfsgemeinschaften leben, gelten 1,66 Millionen als ALG II-Empfänger, ohne als arbeitslos gezählt zu werden.

³⁰ Ebenda.

³¹ Zusätzlich ist zu erwähnen, dass ab 2005 die Arbeitslosenzahlen auch vom Statistischen Bundesamt erhoben werden. Für diese Statistik gilt das Konzept, wie es von der International Labour Organisation (ILO) entwickelt wurde. Für Details dieses Ansatzes siehe den Beitrag von Jan Sauer mann in diesem Heft.

³² Die soziale Gesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland ist überwiegend in den zwölf Büchern des Sozialgesetzbuches (SGB) geregelt. Im zweiten Buch (SGB II) werden die gesetzlichen Regelungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende formuliert, und im SGB III wird die Arbeitsförderung geregelt.

Arbeitslosigkeit in der ökonomischen Theorie

Wünschenswert wäre eine Statistik des Arbeitsmarktes, die mit der ökonomischen Sicht der Arbeitslosigkeit übereinstimmen würde. Dieser Anspruch ist jedoch im günstigsten Fall nur teilweise einlösbar. Als Beispiel mag hierfür die nach dem ILO-Konzept erhobene Arbeitslosigkeit dienen, wie sie vom Statistischen Bundesamt seit 2005 erhoben wird. Allerdings liefert diese Statistik nur Schätzwerte und keine exakten Zahlen, und sie steht nicht in der notwendigen Untergliederung zur Verfügung, wie die von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlichten Daten.

Im Wesentlichen gibt es aus makroökonomischer Sicht zwei Ansätze Arbeitslosigkeit zu erklären. Hierbei ist die neoklassische Sicht die einfachste. Ist eine arbeitslose Person nicht bereit zum herrschenden Reallohn eine Arbeit anzunehmen, dann ist sie freiwillig arbeitslos. Arbeitslosigkeit entsteht hier dadurch, dass der so genannte Reservationslohn des Arbeitsanbieters über dem (gleichgewichtigen) Marktlohnsatz liegt und es somit nicht zu einem Ausgleich von Arbeitsangebot und -nachfrage kommt. Die alternative Sicht ist keynesianischen Ursprungs und geht von der Existenz unfreiwilliger Arbeitslosigkeit aus. Als unfreiwillig arbeitslos gelten Arbeitssuchende, die bereit sind, zum herrschenden Reallohn eine Arbeit aufzunehmen, aber keine Arbeit finden. Im Gegensatz zum neoklassischen Ansatz, der vorwiegend von der Arbeitsangebotsseite her kommt, stellt die keynesianische Variante auf die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes ab. Allerdings ist keiner dieser beiden Ansätze geeignet, die in Deutschland existierende Arbeitslosigkeit zufriedenstellend zu erklären.

Weitere Ansätze, die auf eher mikroökonomischen Ansätzen beruhen, bestimmen Arbeitslosigkeit u. a. aus einem Insider-Outsider-Ansatz heraus oder suchtheoretisch. Ebenfalls existieren Erklärungsansätze, die die Nichtübereinstimmung zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage betonen, dem so genannten Mismatch. Dieser kann räumlicher oder qualifikatorischer Art sein etc. Mikroökonomisch fundierte Ansätze sind vielfach nur schwer empirisch zu überprüfen und helfen eher, die Arbeitslosigkeit für bestimmte Segmente des Arbeitsmarktes oder Personen zu erklären.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass eine auf rein ökonomischen Kriterien aufgebaute Arbeitsmarktstatistik mit den erforderlichen Detailinformationen praktisch nicht erstellt werden kann und vermutlich auch nicht soll, da neben ökonomischen Interessen auch finanzwirtschaftliche und verwaltungstechnische Belange abgedeckt werden sollen.

Was sollte eine „Arbeitsmarktstatistik“ erfassen?

Das eingangs erwähnte Datenbeispiel zeigt, dass es aus den vorliegenden Zahlen schwer ist, für arbeitsmarktpolitische Analysen die angemessenen Zahlen zu ermitteln. Konsensfähig dürfte der Anspruch sein, schnell, einfach, umfassend und kompakt über die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt informiert zu werden. Die Daten sollten übersichtlich aufbereitet und die einzelnen Positionen in einer Tabelle für den externen Leser nachvollziehbar sein. Die Statistiken und erläuternden Berichte sollten sowohl die „engere“ Arbeitsmarktlage widerspiegeln als auch einen Überblick über die gesamten Aktivitäten auf dem Arbeitsmarkt liefern, die von der BA, den ARGE und den optierenden Kommunen entfaltet werden. Wünschenswert ist, so wie bisher, eine detaillierte Untergliederung einzelner Aspekte wie z. B. „Aktive Arbeitsmarktpolitik“ und hierunter „Existenzgründerzuschüsse“ etc. Ebenfalls informativ ist eine Aufteilung der einzelnen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf die einzelnen Maßnahmeträger wie BA, ARGE und optierende Kommune etc. In einem weiteren Schritt, der allerdings erst zeitlich später werden erfolgreich können, sollten die einzelnen Positionen tiefer untergliedert werden. Hierbei ist an Untergliederungen zu denken, die das Geschlecht, die Nationalität, das Alter, die Dauer der Arbeitslosigkeit etc. betreffen. Selbstredend soll auch weiterhin über

die Zahl der Erwerbstätigen, die Zu- und Abgänge in Arbeitslosigkeit, untergliedert nach ALG I und ALG II, sowie über die Anzahl der offenen Stellen und die entsprechenden Zu- und Abgänge berichtet werden. Zu ergänzen ist dieses Spektrum an Statistiken durch die Ausgaben, die für die einzelnen Positionen aufzuwenden sind.

Einige Anfangsschwierigkeiten

Mit der Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe für als arbeitsfähig eingestufte Empfänger von Hilfen zum laufenden Lebensunterhalt zum so genannten ALG II muss auch die monatliche Statistik über den Arbeitsmarkt den neuen Bedingungen angepasst werden. Mit der Einführung des ALG II vergrößert sich nicht nur der Personenkreis, der durch die amtliche Statistik erfasst wird, sondern auch die Anzahl der Meldestellen, die offiziell mit der Betreuung von Arbeitslosen befasst sind und dementsprechend monatlich ihre Meldungen an die BA weiterzuleiten haben. Neben den Arbeitsagenturen selbst sind dies die Arbeitsgemeinschaften aus Arbeitsagenturen und Kommunen (ARGE) und die Kommunen, die von ihrem Optionsrecht, die Betreuung von Arbeitslosen eigenverantwortlich zu handhaben, Gebrauch machen.³³ Tabelle 1 zeigt in wesentlichen Zügen das neue Gerüst.³⁴

Im Januar 2005 waren 5 037 142 Personen als arbeitslos registriert, davon unterlagen 2,8 Millionen den Vorschriften des SGB III und 2,2 Millio-

³³ In dem Beitrag geht es nicht darum, ob es sich bei den veröffentlichten Zahlen bereits um endgültige Werte handelt oder nicht. Wie die BA selbst mitteilt, beruhen die Angaben für Januar 2005 teilweise auf Schätzungen, da aktuelle Zahlenwerte noch nicht vorliegen. Also, nicht die genauen Zahlen sollen hier diskutiert werden, sondern das Gerüst, in dem sie eingebettet sind, d. h. die Zuordnung zu einzelnen Kategorien und ob dieses Gerüst geeignet ist, einen umfassenden Überblick über die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt zu liefern.

³⁴ Wenn nicht anders angegeben, beziehen sich die weiteren Ausführungen auf die Veröffentlichung der BA: Der Arbeitsmarkt in Deutschland. Monatsbericht, Januar 2005. Bezug genommen wird auf die Daten im Textteil sowie auf die Tabelle 1 im Tabellenanhang, Eckwerte des Arbeitsmarktes, Bundesrepublik Deutschland. Da es für die Belange hier uninteressant ist, ob die Zahlen saisonbereinigt sind oder nicht, wird hierauf nicht weiter eingegangen. Ebenfalls, um den Umfang der Darstellung nicht unnötig aufzublähen, werden einige Unterpositionen in der Tabelle nicht ausgewiesen.

Übersicht:
 Personen, die vom SGB II erfasst werden

Bedarfsgemeinschaften:	2,94 Mio.	5,61 Millionen Personen	
darunter: Bezieher von Sozialgeld:		1,52 Millionen Personen	(a)
		4,09 Millionen Personen	(b)
darunter: ALG II-Bezieher ohne arbeitslos zu sein		1,66 Millionen Personen	(c)
Arbeitslos gemeldete ALG II-Bezieher		2,43 Millionen Personen	

Quelle: BA: Der Arbeitsmarkt in Deutschland, Monatsbericht, Januar 2005, S. 8.

nen denen des SGB II. Von den 2,8 Millionen Personen, die unter die Rechtsvorschriften des SGB III fallen, hatten 2,1 Millionen einen Anspruch auf Arbeitslosengeld als Versicherungsleistung (ALG I), siehe Spalten (1) und (2). Unter dem Rechtskreis des SGB II wurden 2,2 Millionen Personen als arbeitslos registriert, aber insgesamt 4,1 Millionen Personen hatten auf dieser Rechtsgrundlage einen Leistungsanspruch. Sozialgeld wurde insgesamt an 1,52 Millionen Personen gezahlt. Hierbei handelt es sich um einen Personenkreis, der nicht auf dem Arbeitsmarkt aktiv wird. Fasst man alle Leistungsempfänger zusammen, so gelangt man auf insgesamt 7,676 Millionen Personen für den Januar 2005. Schließlich befinden sich noch 1,266 Millionen Personen in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Dies ist im Wesentlichen der Informationsgehalt der Tabelle 1.

Tabelle 1:
 Eckwerte des Arbeitsmarktes

Merkmal	Personen insgesamt	davon:	
		SGB III	SGB II
	(1)	(2)	(3)
Registrierte Arbeitslose	5 037 142	2 821 799	2 215 343
Leistungsempfänger	7 676 457		
davon:			
Arbeitslosengeld I	2 071 334	2 071 334	
Arbeitslosengeld II	4 088 955		
Sozialgeld	1 516 168		
Teilnehmer aktive Arbeitsmarktpolitik	1 266 467		
darunter:			
Berufliche Weiterbildung	136 178		
Trainingsmaßnahmen	35 402		
PSA	-		
Arbeitsgelegenheiten	73 787		
Überbrückungsgeld	239 147		
ABM	93 798		

Quelle: BA, Februar 2005.

Wer bekommt ALG II bzw. Sozialgeld?

Nach § 7 SGB II haben Anspruch auf ALG II Personen, die zwischen dem 15. und 65. Lebensjahr, erwerbsfähig und hilfebedürftig sind und ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben. Leistungen stehen auch den Personen zu, die mit erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, wobei allerdings gewisse Einschränkungen gelten. Zu einer Bedarfsgemeinschaft gehören die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die im Haushalt lebenden Eltern (oder Elternteile) eines minderjährigen, unverheirateten erwerbsfähigen Kindes und der im Haushalt lebende Partner dieses Elternteils. Sozialgeld steht nach § 28 SGB II nicht erwerbsfähigen Angehörigen zu, die mit erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in Bedarfsgemeinschaften leben, sofern keine anderen Regelungen dem entgegenstehen.

Folgt man den Angaben der BA, dann erhielten im Januar 2005 etwa 2,94 Millionen Bedarfsgemeinschaften Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach SGB II. In diesen 2,94 Millionen Bedarfsgemeinschaften leben insgesamt 5,61 Millionen Personen. Von diesen wiederum bezogen etwa 1,5 Millionen Personen Sozialgeld (Position (a) in der Übersicht). Hinter den 1,5 Millionen Personen stehen ganz überwiegend Kinder in Bedarfsgemeinschaften, in denen zumindest eine hilfsbedürftige Person als erwerbsfähig gilt.

Somit bleiben 4,09 Millionen Personen, die insgesamt Bezieher von ALG II sind. Diese unterteilen sich in 1,66 Millionen Bezieher, die nicht als arbeitslos zählen, und 2,43 Millionen Personen, die als arbeitslos gemeldet sind. Bei den 1,66 Millionen Beziehern von ALG II handelt es sich um *nicht arbeitslose* Personen. Hierunter sind Personen zu verstehen, die entweder

- in einer Arbeitsgelegenheit beschäftigt sind (z. B. 1-Euro Jobs, ca. 73 800 Personen),

- noch die Schule besuchen und über 15 Jahre sind,
- sich in einer Weiterbildungsmaßnahme befinden,
- ALG II als aufstockende Hilfe ergänzend zum Lohn aus einem Beschäftigungsverhältnis beziehen,
- aus besonderen Umständen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen (z. B. wegen der Betreuung von Kleinkindern; Krankheit unter sechs Wochen etc.).

Wer fällt unter das SGB III?

Diese Frage ist wesentlich schwerer zu beantworten als für das SGB II. Der Grund hierfür ist, dass nicht nur Arbeitslose unter bestimmten Voraussetzungen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB III haben, sondern u. a. auch Personen, die sich in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik befinden, Kurzarbeiter, von Insolvenz betroffene Arbeitnehmer, Personen, die Winterausfallgeld beantragen können oder Übergangsgeld, Bezugsberechtigte bei Teilarbeitslosengeld etc. Aber auch Personen, die sich aus der Arbeitslosigkeit heraus selbständig gemacht haben, können Leistungen nach dem SGB III erhalten (Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss) sowie Personen, die in Altersteilzeit gehen oder andere Formen des vorzeitigen Ausscheidens aus dem aktiven Arbeitsmarkt leben praktizieren. Darüber hinaus werden vielfältige Leistungen gewährt, die der Eingliederung in das Berufsleben dienen sollen (z. B. Mobilitätshilfen, Bewerbungskosten) oder im Zusammenhang mit einer Berufsausbildung stehen.

Allein diese unvollständige Auflistung macht klar, dass es eine erhebliche Anzahl von Personen gibt, die Leistungen nach SGB III erhalten, aber nicht als arbeitslos gelten. Andererseits fallen unter das SGB III auch Personen, die sich arbeitslos gemeldet haben, aber keinen Anspruch auf Leistungen besitzen. Gründe hierfür können u. a. sein: eine zu kurze Anwartschaft, zeitweilige Sperrung von Leistungen durch Versäumnisse der Arbeitslosen, freiwillige Kündigung des Arbeitnehmers ohne Anschlussbeschäftigung (Sperrzeit), Wahrung von Ansprüchen aus der gesetzlichen Rentenversicherung etc. Und, last not least, Personen, die sich arbeitslos gemeldet haben, aber bei denen keine Hilfebedürftigkeit im Sinne des SGB II vorliegt.

Drei Fragen an die aktuelle Arbeitsmarktstatistik

Auf der Grundlage der Tabelle 1 und möglicher zusätzlicher Informationen aus dem Textteil des Monatsberichts sollen drei Fragen beantwortet werden:

1. Wie viele Personen fallen insgesamt unter dem Rechtskreis des SGB III (SGB II)?
2. Wie viele Personen unter SGB III (SGB II) sind Leistungsempfänger und gelten als arbeitslos bzw. sind Leistungsempfänger und gelten nicht als arbeitslos? Wie teilt sich die letztgenannte Gruppe auf die einzelnen Positionen auf (aktive Arbeitsmarktpolitik, Vorruhestandsregelungen etc.)?
3. Wie viele Personen unter SGB III (SGB II) sind arbeitslos gemeldet und Leistungsempfänger bzw. sind arbeitslos gemeldet und keine Leistungsempfänger?

Die Antwort auf alle drei Fragen ist einfach: Praktisch keine Frage kann schlüssig aus den vorliegenden Informationen beantwortet werden.

Ein Beispiel soll dies zeigen: Unter dem SGB III sind 2,8 Millionen Personen als arbeitslos erfasst, und ALG I beziehen insgesamt 2,07 Millionen Personen. Der nahe liegende Schluss, dass etwa 750 000 Personen arbeitslos ohne Leistungsanspruch sind, ist jedoch nicht zulässig. Im Textteil des Monatsberichts der BA wird erwähnt, dass nur 1,779 Millionen Personen, die als arbeitslos unter SGB III erfasst sind, als *arbeitslose Arbeitslosengeldempfänger* gelten. Die Differenz von 292 334 Personen (2 071 334 - 1 779 000) sind Personen, die zwar Leistungen nach dem SGB III beziehen, aber nicht als arbeitslos gelten, da für sie einer der Paragraphen §§ 428, 125 oder 126 SGB III zutrifft.³⁵ Da diese 292 334 Personen nicht arbeitslos sind, dürfen sie auch nicht in den 2,822 Millionen Personen enthalten sein, die unter SGB III als arbeitslos gelten. Dann müssen aber 2,821 - 1,779 Mio., d. h. 1,042 Mio. Personen als arbeitslos unter SGB III erfasst sein, die keine Ansprüche auf Leistungen haben.

³⁵ Die §§ 125 und 126 SGB III regeln Sonderformen des Arbeitslosengeldes die infolge einer verminderten Erwerbsfähigkeit entstehen bzw. die Leistungsfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit regeln. Im § 428 SGB III ist das Arbeitslosengeld unter erleichterten Voraussetzungen geregelt, wovon insbesondere Arbeitnehmer betroffen sind, die das 58. Lebensjahr vollendet haben und der Vermittlung nicht mehr zur Verfügung stehen.

Will man die Gesamtzahl der Personen ermitteln, die dem SGB III unterliegen, dann müssen neben den Arbeitslosen auch die Personen hinzugezählt werden, die ALG I empfangen, aber nicht als arbeitslos gelten, und ein Teil jener Personen, die sich in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik befinden, sofern hiermit Leistungen nach dem SGB III verbunden sind. Aber auch diese Zahl von 1,266 Millionen Personen darf nicht einfach den SGB III-Arbeitslosen hinzugerechnet werden. So steht beispielsweise der Posten „Arbeitsgelegenheiten“, hierbei handelt es sich um die so genannten 1-Euro-Jobs, nur den Personen zu, die unter das SGB II fallen. Also muss zumindest diese Gruppe in den Berechnungen unberücksichtigt bleiben.

Ein weiteres Beispiel bezieht sich auf den Personenkreis, auf den das SGB II zutrifft.³⁶ So gilt eine Person, die einen 1-Euro-Job ausübt, nicht als arbeitslos, wohl aber als Leistungsempfänger, da sie ja weiterhin ALG II bezieht. Zu bedenken ist weiterhin, dass die in Tabelle 2 ermittelten 6,7 Millionen Leistungsempfänger (ohne Sozialgeld) noch nicht das vollständige Bild abgeben. In einem weiteren Schritt sind nun noch die Personen auf SGB III und SGB II aufzuteilen, die an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik teilnehmen und Leistungen entsprechend dem SGB III bzw. SGB II erhalten. Dies ist jedoch zurzeit mit den vorhandenen Informationen (vgl. Tabelle 1 und Textteil) nicht möglich.

Ein Vorschlag zu mehr Transparenz

Allein diese beiden Beispiele zeigen, dass es aus der veröffentlichten Statistik nur schwer möglich ist, die gewünschten Informationen zu erhalten. Deshalb wird hier ein Vorschlag unterbreitet, der die Arbeitsmarktstatistik transparenter machen soll. Der Vorschlag geht davon aus, dass die BA in ihren monatlichen Berichten über den Arbeitsmarkt u. a. über die folgenden Sachverhalte informiert, wobei Detailgliederungen hier ignoriert werden:

³⁶ Hierbei sollte jedoch bedacht werden, dass die von der BA veröffentlichten Zahlen noch sehr ungenau sind, da noch nicht alle Fälle vollständig erfasst worden sind. Insbesondere muss der BA hier ein Irrtum unterlaufen sein, da die Zahl der arbeitslosen Leistungsempfänger nach SGB II nicht größer sein kann als die Zahl der unter SGB II geführten Arbeitslosen (siehe Tabelle 2). Gleichwohl ist auch hier Vorsicht bei der Interpretation der Zahlen geboten.

- a) über die Leistungsbezieher nach SGB III und SGB II,
- b) über die Arbeitslosen nach SGB III und SGB II,
- c) über Personen, die sich in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik befinden.

Diese Informationen sollen dazu dienen, einen umfassenderen Einblick in die arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten der BA zu erhalten. Aus diesem Grunde sollten die Tabellen so konzipiert werden, dass die relevanten Informationen schnell und fehlerfrei ermittelt werden können. Zur Struktur der Tabelle bietet es sich an, von disjunkten Ereignissen auszugehen:

- a) eine bei der BA gemeldete Personen (einschließlich der optierenden Kommunen) ist entweder im Leistungsbezug oder nicht;
- b) eine bei der BA gemeldete Personen (einschließlich der optierenden Kommunen) ist entweder arbeitslos oder nicht.

Eine sich im Leistungsbezug befindende Person kann entweder als arbeitslos geführt werden oder nicht. Entsprechendes gilt für Personen, die sich nicht im Leistungsbezug befinden. Allerdings fällt es schwer sich vorzustellen, warum sich eine Person bei der Arbeitsagentur melden soll, die weder als arbeitslos geführt wird noch einen Anspruch auf Leistungen hat. Es gilt nun, die entsprechenden Schnittmengen sauber zu ermitteln.

Tabelle 2 informiert im Wesentlichen über die folgenden Sachverhalte: Im Januar 2005 waren fast zehn Millionen Menschen ($a_6 + a_{12} + a_{19} - a_5$) von Vorschriften betroffen, die entweder im SGB II oder im SGB III formuliert sind. Etwa die Hälfte hiervon waren registrierte Arbeitslose. Von diesen registrierten Arbeitslosen waren 4,2 Millionen Personen im Leistungsbezug, indem sie entweder ALG I oder ALG II erhielten. Leistungsempfänger für beide Rechtskreise jedoch waren, ohne Sozialgeld, knapp 6,7 Millionen Menschen. Schließlich, von den 2,8 Millionen Personen, die als Arbeitslose dem SGB III unterliegen, waren etwa 1,8 Millionen Leistungsbezieher.

Der Vorteil einer solchen Darstellung läge in der größeren Transparenz sowohl hinsichtlich der Personen, die der offenen Arbeitslosigkeit zuzurechnen sind, als auch hinsichtlich der so genannten „verdeckten Arbeitslosigkeit“. Ein weiteres Argument ist, dass aus einer solchen Struktur auch unmittelbar ersichtlich ist, wie viele Personen insgesamt nach SGB III bzw. SGB II betreut werden.

Tabelle 2:
Arbeitslose und Leistungsempfänger nach Rechtskreis

Merkmal		Personen im Rechtskreis insgesamt	darunter:		
			Arbeitslose	Leistungsempfänger	Arbeitslose Leistungsempfänger
		(a)	(b)	(c)	(d)
SGB III	(1)	3 651 980	2 821 799	2 609 181	1 779 000
darunter: Registrierte Arbeitslose	(2)		2 821 799		
ALG-Empfänger	(3)			2 071 334	
<i>Nicht arbeitslose ALG I-Empfänger</i>	(4)			292 334	
(§§ 428, 125, 126 SGB III)	(5)				1 779 000
Arbeitslose Arbeitslosengeldempfänger	(6)			537 847	
darunter: Teilnehmer an aktiver Arbeitsmarktpolitik*					
SGB II	(7)	5 605 123	2 215 343	5 605 123	2 426 000
darunter: Registrierte Arbeitslose	(8)		2 215 343		
ALG II-Empfänger	(9)			4 088 955	
<i>Nicht arbeitslose ALG II-Empfänger</i>	(10)			1 663 000	
Arbeitslose ALG II-Empfänger	(11)				2 426 000
darunter: Sozialgeld	(12)			1 516 168	
Personen in beiden Rechtskreisen insgesamt	(13)	9 257 103			
Arbeitslose (Monatsmitte) (b2 + b8)	(14)		5 037 142		
Leistungsempfänger (Monatsmitte) (c1 + c7)	(15)			8 214 304	
Arbeitslose Leistungsempfänger (Monatsmitte) (d1 + d7)	(16)				4 205 000
<i>Nachrichtlich: Leistungsempfänger ohne Sozialgeld (c1 + c7 - c12)</i>	(17)			6 698 136	
<i>dar.: Nicht arbeitslose Leistungsempfänger (c4 + c6 + c10)</i>	(18)			2 493 181	
Arbeitslose Nichtleistungsempfänger (b14 - d16)	(19)		832 142		
<i>Nachrichtlich: Teilnehmer an aktiver Arbeitsmarktpolitik</i>	(20)	1 266 467			

* Von den 1 266 467 Teilnehmern an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wurden die Personen ausgewählt, die in beruflicher Weiterbildung sind, einen Existenzgründungszuschuss bzw. Überbrückungsgeld erhalten und die sich in ABM befinden (136 178 + 239 147 + 93 798 + 68 724 = 537 847 Personen).

Quellen: BA und Berechnungen des IWH.

Schließlich würde hierdurch auch eine konsistente Struktur der Tabelle erreicht, da bereits im Block „SGB II“ nach diesem Prinzip verfahren wird (zumindest teilweise), da z. B. Bezieher von Sozialgeld zwar dem SGB II unterliegen, aber weder erwerbsfähig noch arbeitslos sein können.

Verständigt man sich auf eine in sich schlüssige Darstellung, dann können weitere Untergliederungs-

punkte problemlos der Tabelle hinzugefügt werden. Diese könnten Untergliederungen nach der Dauer der Arbeitslosigkeit, nach dem Geschlecht, nach dem Alter, nach der Nationalität, nach der Qualifikation etc. sowie nach Zuteilung zur BA, zur ARGE oder zur optierenden Kommune sein.

Herbert.Buscher@iwh-halle.de

Unternehmensnetzwerke in Ostdeutschland: Konzentration auf Verdichtungsräume

Wenn Unternehmen in einer Region in Netzwerken miteinander kooperieren, wird dies als vorteilhaft nicht nur für die betreffenden Unternehmen, sondern auch für die regionale Wirtschaftsentwicklung insgesamt angesehen. Dies gilt gerade auch für ostdeutsche Regionen, in denen mit dem Zusammenbruch des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und der unrentablen Kombi-natsstrukturen die alten zuliefer- und abnehmer-seitigen Netze zerrissen und neue erst im Transformationsprozess aufgebaut werden mussten.³⁷ Das IWH ist im Rahmen eines Gutachtens im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR)³⁸ der Frage nachgegangen,

wo sich inzwischen in Ostdeutschland Unternehmensnetzwerke etabliert haben, und durch welche Merkmale sie sich auszeichnen. Befunde zu diesen beiden Fragen werden im Folgenden dargestellt.³⁹

Unternehmensnetzwerke vorteilhaft für regionale Wirtschaftsentwicklung

Bei einer Bestandsaufnahme von Unternehmensnetzwerken ist man zunächst damit konfrontiert, dass der Begriff „Unternehmensnetzwerk“ sehr schillernd ist. In idealtypischer Form stellen Unternehmensnetzwerke mittel- bis langfristig angelegte Kooperationen zwischen Unternehmen dar, die über rein marktliche Austauschbeziehungen hinausgehen und auf eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Netzwerk abzielen. Das Besondere von Unternehmensnetzwerken, das sie von rein marktlichen Beziehungen unterscheidet, ist die Qualität der Interaktionen zwischen den Netzwerkpartnern. Als deren Merkmale werden in der Literatur vor allem eine auf Vertrauen basierende Reziprozität, die Interdependenz sowie günstige Bedingungen für den Transfer von Wissen genannt.⁴⁰

³⁷ Vgl. dazu z. B. die Arbeiten von ALBACH, H.: Zerrissene Netze. Eine Netzwerkanalyse des ostdeutschen Transformationsprozesses, Berlin 1993, und Blühende Landschaften? Ein Beitrag zur Transformationsforschung, Discussion Papers, FS IV 98-4. Wissenschaftszentrum Berlin 1998. Ein spezieller Teilaspekt, der die Bedeutung der Bildung und Entwicklung von Unternehmensnetzwerken in Ostdeutschland unterstreicht, ist das Erfordernis der Herstellung der „Systemfähigkeit“ von Anbietern, also der „... Kompetenz, Angebote ‚aus einem Guss‘ in einem Konsortium zu erstellen.“ (BLUM, U. et al.: Kommission „Systemevaluation der Wirtschaftsintegrierenden Forschungsförderung“. Endbericht der Kommission. Berlin 2001, S. 30, in: <http://www.bmwa.bund.de/Redaktion/Inhalte/Pdf/systemevaluation-der-wirtschaftsintegrierenden-forschungsforderung-systemevaluation,property=pdf.pdf>, gelesen am 01.04.2005). Blum et al. verweisen diesbezüglich auf Kooperationserfordernisse speziell der ostdeutschen Unternehmen zur Wiederherstellung ihrer „Systemfähigkeit“ (ebenda).

³⁸ Vgl. ROSENFELD, M. T. W. et al.: Innovative Kompetenzfelder, Produktionsnetzwerke und Branchenschwerpunkte der ostdeutschen Wirtschaft. Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung. Endbericht. Die elektronische Fassung ist im Internet unter http://www.iwh-halle.de/projects/bbr/BBR_endbericht.pdf verfügbar.

³⁹ Über zwei weitere Untersuchungsgegenstände – Branchenschwerpunkte und innovative Kompetenzfelder, wurde bereits in vorangegangenen Ausgaben dieser Zeitschriftenreihe berichtet. Vgl. KRONTHALER, F.: Branchenschwerpunkte in ostdeutschen Regionen: Stark räumlich konzentriert, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 16/2004, S. 459-463. – FRANZ, P.: Innovative Kompetenzen Ostdeutschlands in den Räumen Berlin und Dresden am stärksten ausgeprägt, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2005, S. 23-28.

⁴⁰ Vgl. zum Begriff Unternehmensnetzwerke insbesondere die Definition von SYDOW, J.: Strategische Netzwerke. Evolution und Organisation. Wiesbaden 1992, S. 79 sowie bezüglich der Qualitätsmerkmale der Netzwerkbeziehungen die Arbeit von GRABHER, G.: Rediscovering the so-

Aus den skizzierten Qualitäten der Beziehungen der Netzwerkpartner zueinander erklärt sich, warum im Vorhandensein von Netzwerken besondere Standortqualitäten von Regionen gesehen werden: Vermittels vertrauensvoller Kontakte der Partner und eines entsprechenden Informations- und Wissenstransfers können transaktionskostenintensive, risikoreiche unternehmerische Aktivitäten, etwa im Bereich Forschung und Entwicklung oder beim Eintritt in neue Auslandsmärkte, kostengünstiger bewältigt werden. Häufig geht es aber in Netzwerken um mehr als um Kostensenkung. Der intensivere Fluss von Wissen und die dabei stattfindenden Lernprozesse können auch das Hervorbringen von Innovationen begünstigen und beschleunigen. Mithin können Unternehmensnetzwerke dazu beitragen, die ökonomische Leistungsfähigkeit der beteiligten Partner – und auf diese Weise auch die wirtschaftliche Situation in einer Region – zu verbessern. Neben den erläuterten wirtschaftlichen Vorteilen können Netzwerke auch problematische Effekte mit sich bringen, sodass ihr Vorhandensein nicht in jedem Einzelfall positiv zu bewerten ist. Letzteres wäre der Fall, wenn Netzwerke die Form von Kartellen annehmen,⁴¹ oder wenn – an sich positiv zu

bewertende – Lernprozesse innerhalb von Netzwerken in Lock-in-Effekte umschlagen,⁴² welche eher strukturkonservierend wirken.

Schwierige empirische Erfassung von Netzwerken

Der zuvor erläuterte „idealtypische“ Netzwerkbegriff lässt bereits erkennen, dass die Erfassung von Unternehmensnetzwerken im Rahmen einer empirischen Untersuchung schwierig ist. Denn ohne aufwändige flächendeckende Unternehmensbefragungen können nur Netzwerke erfasst werden, die einen gewissen Formalisierungsgrad aufweisen, sich also nach außen als Netzwerke zu erkennen geben, etwa im Rahmen einer Internet-Präsentation oder durch Benennung eines Netzwerkmanagers oder Ansprechpartners. Dies bedeutet, dass es in den Regionen weitere Netzwerke geben kann, die sich nicht nach außen als Netzwerke manifestieren, jedoch qualitative Merkmale von Netzwerkbeziehungen aufweisen. Umgekehrt ist nicht auszuschließen, dass Verbünde, welche als „Netzwerk“ firmieren, nur schwach ausgeprägte Netzwerkqualitäten aufweisen und eher einer Interessenvereinigung ähneln. Bei der Interpretation der nachfolgend präsentierten empirischen Befunde sollte daher stets berücksichtigt werden, dass nur ein Teil der existierenden Unternehmensnetzwerke erfasst werden konnte, der einen gewissen Formalisierungsgrad aufweist. Aber selbst die Identifizierung von Netzwerken mit einem gewissen Formalisierungsgrad erweist sich als schwierig – bislang gibt es keine flächendeckenden Übersichten über Unternehmensnetzwerke in der Bundesrepublik Deutschland oder in Ostdeutschland.⁴³

cial in the economics of interfirm relations, in: Grabher, G. (ed.), *The embedded firm. On the socioeconomics of industrial networks*. London, New York 1993, S. 1-31, hier speziell S. 8-12. Der Gedanke, dass in Netzwerken günstige Bedingungen zum Transfer von Wissen existieren, findet sich bei Grabher unter dem Charakteristikum des „Loose coupling“ (ebenda, S. 9-11), das er neben den Merkmalen der Reziprozität und der Interdependenz als Netzwerkmerkmal anführt. Als viertes Merkmal nennt Grabher noch die Existenz von Machtverhältnissen zwischen den Partnern, welches aber auch als Teilaspekt des Interdependenzmerkmals angesehen werden könnte.

⁴¹ Sofern Kooperationen wettbewerbsbeschränkend wirken, sind sie gemäß der bislang geltenden Kartellgesetzgebung (Stand 6. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen [GWB]) grundsätzlich bei der Kartellbehörde anmeldepflichtig. (Zu Details kartellrechtlicher Regelungen für Kooperationen kleiner und mittlerer Unternehmen laut 6. GWB-Novelle vgl. Bundeskartellamt: Merkblatt des Bundeskartellamtes über die Kooperationsmöglichkeiten für kleinere und mittlere Unternehmen nach dem Kartellgesetz, in: http://www.bundeskartellamt.de/wDeutsch/download/pdf/Merkblaetter/Merkblaetter_deutsch/Kooperationsmoeglichkeiten.pdf, gelesen am 01.04.2005, ohne Seitenzahlen.) Mit der in Vorbereitung befindlichen 7. GWB-Novelle, welche eine Anpassung an das Europäische Wettbewerbsrecht vollziehen soll, ist ein Systemwechsel zum ‚Prinzip der Legalausnahme‘ beabsichtigt, der es künftig den Unternehmen auferlegt, abzuwägen, ob eine Kooperation kartellrechtlich zulässig ist. Experten verweisen in diesem Zusammenhang nicht nur auf

die Vorzüge einer Reduzierung von Verwaltungsaufwand, sondern auch auf „das Risiko einer Fehleinschätzung.“ (Anmerkungen der Landeskartellbehörde Bayern zur 7. GWB-Novelle, in: http://www.bayerische-landeskartellbehoerde.de/aenderungen/Anmerkungen_7GWB_Novelle.pdf, S. 1, gelesen am 05.04.2005.

⁴² Vgl. z. B. KRÜCKEN, G.; MEIER, F.: Wir sind alle überzeugte Netzwerkträger. Netzwerke als Formalstruktur und Mythos der Innovationsgesellschaft, in: <http://www.homes.uni-bielefeld.de/kruecken/importe/Krueckenmeier.pdf>, gelesen am 16.03.2005, S. 10, mit Verweis der Autoren auf KOWOHL, U.; KROHN, W.: *Innovationsnetzwerke. Ein Modell der Technikgenese*, in: *Technik und Gesellschaft. Jahrbuch 8*, Frankfurt a. M., New York 1995, S. 77-105.

⁴³ Allenfalls wurde und wird in einzelnen Teilräumen, etwa in den Bundesländern Sachsen und in Brandenburg versucht,

Im Rahmen der empirischen Bestandsaufnahme wurden als Netzwerke Kooperationen von mindestens drei Partnern erfasst, von denen mindestens einer ein privates Unternehmen ist. Netzwerkpartner können auch Wissenschaftseinrichtungen sein. Erfasst wurden Kooperationen in sämtlichen Bereichen unternehmerischer Tätigkeit, von Forschung und Entwicklung über Produktion, Beschaffung, Absatz bis zum Marketing,⁴⁴ die sich nach Außen als Netzwerke präsentieren.⁴⁵ Zu den pro Netzwerk erfassten Merkmalen gehörten insbesondere die Branchenausrichtung (es erfolgte eine Einstufung gemäß der Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 – WZ 93, 2-Steller), die räumliche Lokalisierung des Ansprechpartners im Netzwerk (welche der räumlichen Zuordnung der Netzwerke diene), sowie die Unterstützung der erfassten Netzwerke durch staatliche Förderprogramme.⁴⁶

Informationen über dort vorhandene Netzwerke zu erfassen. Vgl. dazu auch Fußnote 45 in diesem Beitrag.

⁴⁴ Qualifizierungsnetzwerke wurden nicht mit in die Bestandsaufnahme einbezogen.

⁴⁵ Die Erfassung der Netzwerke im Rahmen des empirischen Teils der Untersuchung erfolgte im Zeitraum Dezember 2003 bis Februar 2004 in zwei Arbeitsschritten: In einem ersten Arbeitsschritt wurden Informationen diverser öffentlich zugänglicher Quellen, z. B. im Internet veröffentlichte Informationen über Unternehmensnetzwerke, ausgewertet. In einem zweiten Schritt wurde eine schriftliche Erhebung des IWH bei ostdeutschen Landeswirtschafts- bzw. Kultus-/Wissenschaftsministerien sowie bei Wirtschaftsfördereinrichtungen und Wirtschaftskammern in den ostdeutschen Regionen durchgeführt, um weitere Netzwerke zu erfassen, die im Rahmen des ersten Arbeitsschrittes nicht erfasst wurden, etwa im Rahmen von Landesförderprogrammen unterstützte Netzwerke oder solche ohne staatliche Förderung. Als Informationsquellen im Rahmen des ersten Arbeitsschrittes wurden existierende Datenbanken über Netzwerke in Brandenburg (<http://www.kooperationsnetze.brandenburg.de/>) und Sachsen (<http://www.sachsen.de/de/wu/wirtschaftsfoerderung/netzwerke/index.html>) sowie Internet-Plattformen verschiedener Netzwerk- und Innovationsförderprogramme des Bundes (insbesondere InnoRegio, Innovative regionale Wachstumskerne, InnoNet, NEMO) sowie, soweit verfügbar, die Internet-Seiten der einzelnen Netzwerke genutzt. Die o. g. vom Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit in Sachsen veröffentlichte Netzwerkdatenbank fußt auf einer Bestandsaufnahme, die von Prof. Dr. Roland Schöne, Technische Universität Chemnitz, Institut für Mittelstandsentwicklung i. G. durchgeführt wurde.

⁴⁶ Weitere Merkmale der erfassten Netzwerke, etwa eine qualitative Kurzcharakterisierung der wichtigsten Netzwerkziele sowie eine grobe Typisierung bezüglich der Standorte der Netzwerkpartner sind in der „Datenbank über Innovative Kompetenzfelder, Produktionsnetzwerke und Branchenschwerpunkte“ enthalten, die auf den Internet-

Sächsische Agglomerationsräume und Berlin mit Umland als herausragende Netzwerkstandorte

Das räumlichen Verteilungsmuster der erfassten Unternehmensnetzwerke zeigt eine Konzentration von Netzwerkaktivitäten in den Verdichtungsräumen Sachsens und in der Region Berlin-Potsdam (vgl. Karte). Die Tabelle zeigt, dass auf fünf Regionen ungefähr die Hälfte der 256 Netzwerke⁴⁷ mit Sitz in Ostdeutschland entfällt: Dies sind die Regionen Chemnitz-Erzgebirge, Berlin, Westsachsen (mit Leipzig als Zentrum), Oberes Elbtal/Ost-erzgebirge (mit Dresden als Zentrum) sowie die Region Havelland/Fläming, die im Umland Berlins gelegen ist (mit Potsdam als Zentrum).

Zu den Regionen, welche eine größere Zahl von Netzwerken beheimaten, gehören ferner auch Räume mittlerer Bevölkerungsdichte mit großen Städten als Zentrum – die Regionen Magdeburg, Lausitz/Spreewald (Cottbus), Mittelthüringen (Erfurt), Mittleres Mecklenburg/Rostock sowie Ostthüringen (Jena) und Halle. Eine gewisse Sonderstellung nimmt unter den Netzwerkstandorten die Oberlausitz ein. Obwohl diese Region keine mit den vorgenannten Regionen vergleichbare herausragende große Stadt hat, steht die Region mit einer Zahl von 17 erfassten Netzwerken an sechster Stelle im Vergleich der ostdeutschen Raumordnungsregionen.

Ein großer Teil der erfassten Netzwerke wurde oder wird durch staatliche Mittel gefördert. Von den 256 erfassten Netzwerken waren für 215 Netzwerke Angaben verfügbar, ob eine öffentliche Förderung erfolgte oder nicht. In 172 Fällen erfolgte eine Förderung, in 43 nicht. Für einige Regionen fällt der Anteil der Netzwerke, bei denen Angaben über den Förderstatus nicht verfügbar waren, relativ hoch aus, sodass auf eine Darstellung der räumlichen Differenzierung der Befunde zur Förderung hier verzichtet wird.

Regionale Branchenkonzentration bietet günstige Bedingungen für Netzwerke

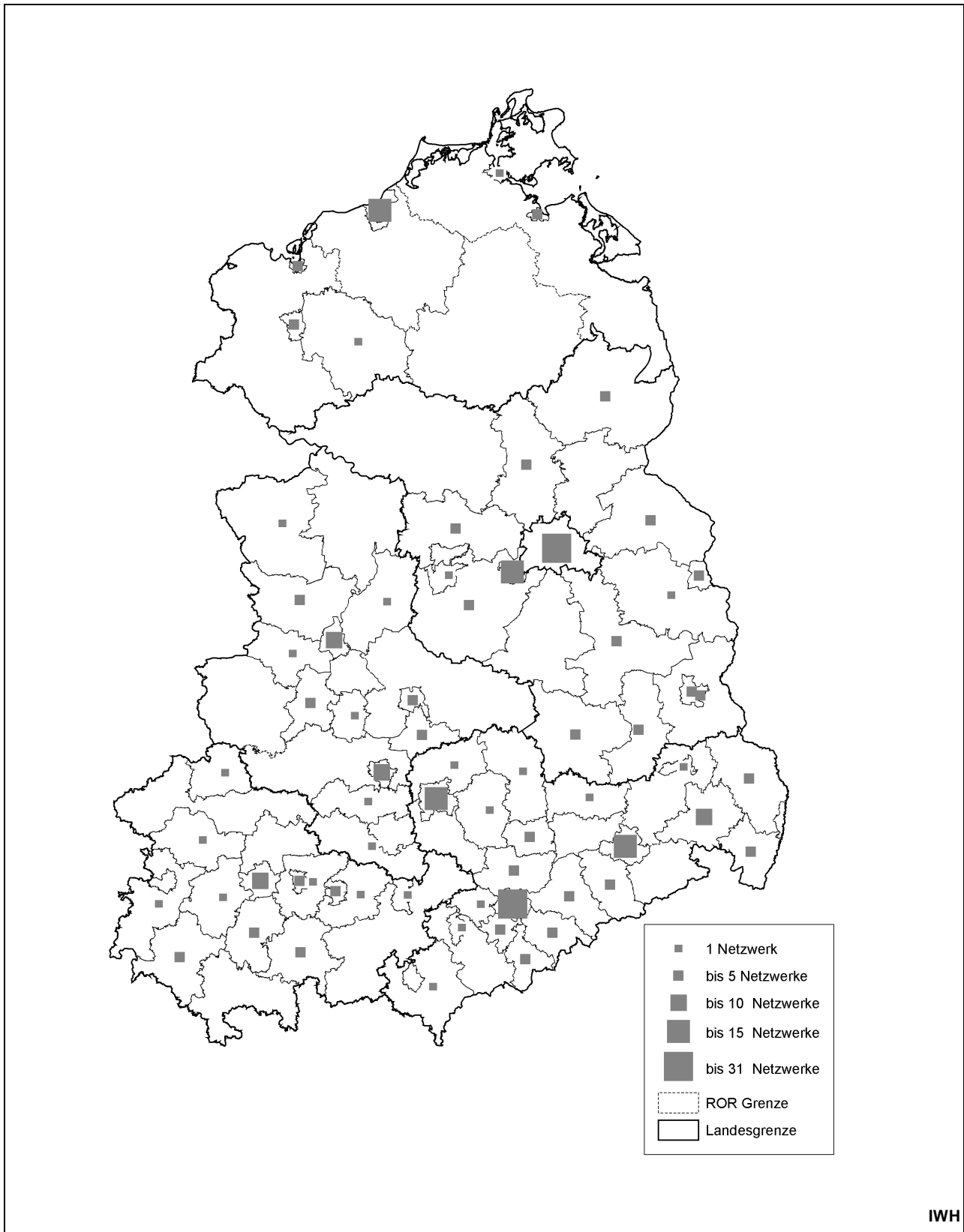
Der präsentierte Befund einer starken Konzentration von Netzwerken in Verdichtungsräumen legt

Seiten des IWH unter <http://www.iwh-halle.de/projects/bbr/index.asp> verfügbar ist.

⁴⁷ Weitere 24 Netzwerke, welche im Rahmen des Gutachtens erfasst wurden, haben ihren Sitz in westdeutschen Bundesländern, wobei an ihnen Partner aus Ostdeutschland beteiligt sind.

Karte:

Unternehmensnetzwerke, bei denen der Ansprechpartner seinen Sitz in Ostdeutschland hat
- Auswertungsstand Juni 2004 -



Quellen: Darstellung des IWH auf der Grundlage der Datenbank über Innovative Kompetenzfelder, Produktionsnetzwerke und Branchenschwerpunkte“, in: <http://www.iwh-halle.de/projects/bbr/index.asp>; Kartendarstellung mit ESRI ArcMap 9.0.

Tabelle:

Zahl der Netzwerke in den Raumordnungsregionen Ostdeutschlands und deren Untergliederung nach Mehrbranchen- und Einbranchennetzwerken

Raumordnungsregion	Regionsgrundtyp lt. BBR-Typisierung ^a	Zahl der Netzwerke, bei denen der Ansprechpartner seinen Sitz in der Raumordnungsregion hat	Anteil der Mehrbranchennetzwerke an der Gesamtzahl der Netzwerke, für die Branchenangaben verfügbar waren	Anteil der Einbranchennetzwerke an der Gesamtzahl der Netzwerke, für die Branchenangaben verfügbar waren
Chemnitz-Erzgebirge	1	44	59,1	40,9
Berlin	1	31	60,0	40,0
Westsachsen	1	20	55,0	45,0
Havelland-Fläming	1	19	52,6	47,4
Oberes Elbtal/Osterzgebirge	1	19	63,2	36,8
Oderland-Spree	1	5	60,0	40,0
Lausitz-Spreewald	1,2	15	60,0	40,0
Uckermark-Barnim	1,3	4	75,0	25,0
Prignitz-Oberhavel	1,3	3	100,0	0,0
Oberlausitz-Niederschlesien	2	17	76,5	23,5
Magdeburg	2	15	53,3	46,7
Mittelthüringen	2	13	69,2	30,8
Mittleres Mecklenburg/Rostock	2	12	66,7	33,3
Ostthüringen	2	9	66,7	33,3
Halle (Saale)	2	8	75,0	25,0
Südwestsachsen	2	2	100,0	0,0
Westmecklenburg	3	5	40,0	60,0
Dessau	3	5	50,0	50,0
Vorpommern	3	4	100,0	0,0
Südthüringen	3	3	66,7	33,3
Nordthüringen	3	2	50,0	50,0
Altmark	3	1	100,0	0,0
Ostdeutschland insgesamt		256	62,6	37,4

^a Erläuterung zu den Regionsgrundtypen: 1 = Agglomerationsräume: Oberzentrum > 300 000 Einwohner oder Dichte um/>300 Einwohner/km²; 2 = Verstäderte Räume: Dichte > 150 Einwohner/km² oder Oberzentrum > 100 000 Einwohner, bei einer Mindestdichte von 100 Einwohnern/km²; 3 = Ländliche Räume: Dichte < 150 Einwohner/km² und ohne Oberzentrum > 100 000 Einwohner; mit Oberzentrum > 100 000 Einwohner und Dichte < 100 Einwohner/km².

Quellen: Auswertung der IWH-Datenbank über Innovative Kompetenzfelder, Produktionsnetzwerke und Branchenschwerpunkte (Auswertungsstand Juni 2004), in: <http://www.iwh-halle.de/projects/bbr/index.asp>; Regionstypisierung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

nahe, dass diese dort besonders günstige „natürliche“ Entwicklungsbedingungen vorfinden. In verdichteten Räumen sind Unternehmen einer Branche sowie branchenspezifische Wissenschaftseinrichtungen häufig räumlich stark konzentriert, oder es gibt intensive zuliefer- und abnehmerseitige Verflechtungen mit Unternehmen vor- und nachgelagerter Produktionsstufen. Hinsichtlich des letztgenannten Aspekts liegt bislang keine flächendeckende Erhebung für Ostdeutschland vor.⁴⁸ Der

⁴⁸ Untersuchungsergebnisse, die die Existenz von Wertschöpfungsketten zum Ausgangspunkt haben und sich auf einzelne Branchencluster in Ostdeutschland beziehen, finden

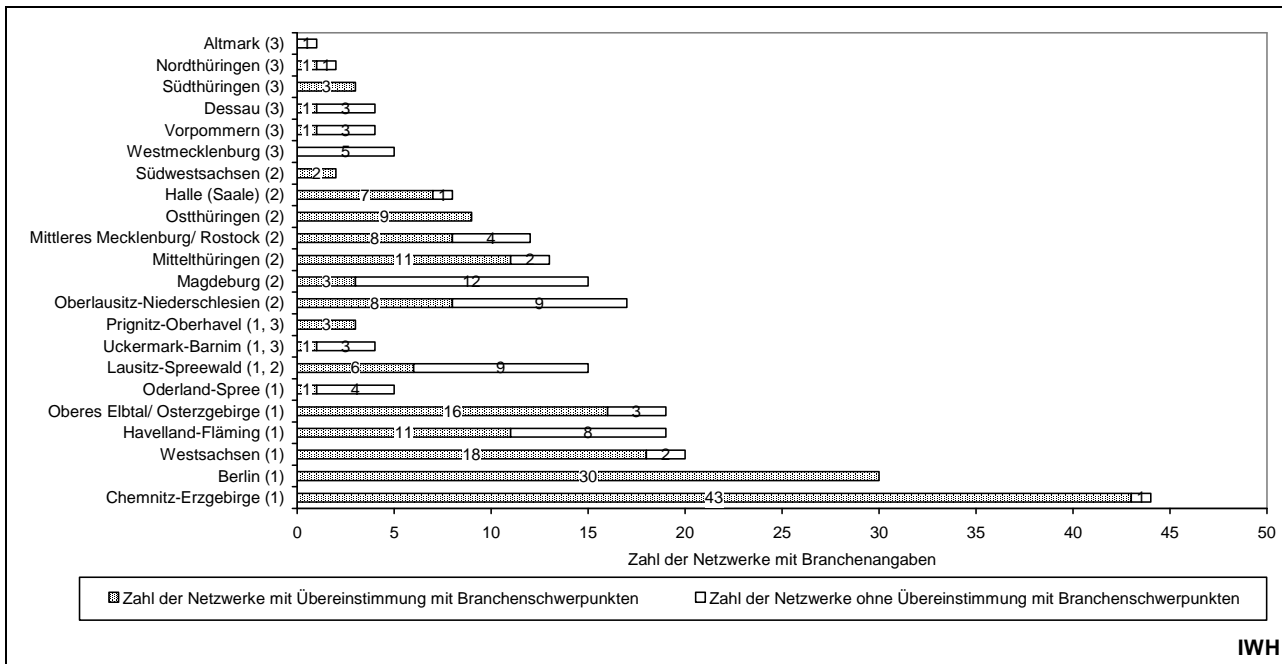
erstgenannte Aspekt kann auf die Weise untersucht werden, dass Übereinstimmungen zwischen Netzwerken und regionalen Branchenschwerpunkten identifiziert werden.⁴⁹ Steht hinter einem Netz-

sich z. B. in KRÄTKE, S.; SCHEUPLEIN, C.: Produktionscluster in Ostdeutschland. Methoden der Identifizierung und Analyse. Hamburg 2001.

⁴⁹ Unter einem Branchenschwerpunkt wird verstanden, dass in einer Raumordnungsregion ein Kreis oder eine kreisfreie Stadt existiert, in der eine bestimmte Branche so viele Beschäftigte aufweist, dass der Kreis oder die kreisfreie Stadt bei dieser Branche innerhalb Ostdeutschlands zu den sieben wichtigsten Produktionsstandorten zählt. Eine Übereinstimmung zwischen einem Netzwerk und einem Branchenschwerpunkt im vorgenannten Sinne wird im Rahmen

Abbildung:

Zahl der Netzwerke in den Raumordnungsregionen^{a, b} Ostdeutschlands und deren Kongruenz^c mit in der Region gegebenen Branchenschwerpunkten^d



^a Die räumliche Zuordnung der Netzwerke erfolgte nach dem Sitz des Ansprechpartners des jeweiligen Netzwerks. – ^b Die Zahl in Klammern hinter dem Namen der Raumordnungsregion gibt den/die Regionsgrundtyp/en an, zu dem/denen die Raumordnungsregion gehört. Die Regionsgrundtypen werden in der Tabelle, die in diesem Beitrag enthalten ist, in der Fußnote a erläutert. – ^c Ein Netzwerk wurde als kongruent mit einem Branchenschwerpunkt eingestuft, wenn mindestens eine der Netzwerkbranchen mit einem in der Region gegebenen Branchenschwerpunkt übereinstimmt. – ^d Unter einem Branchenschwerpunkt wird verstanden, dass in einer Raumordnungsregion ein Kreis oder eine kreisfreie Stadt existiert, in dem/der eine bestimmte Branche so viele Beschäftigte aufweist, dass der Kreis/die kreisfreie Stadt bei dieser Branche innerhalb Ostdeutschland zu den sieben wichtigsten Produktionsstandorten gehört.

Quellen: Auswertung der IWH-Datenbank über Innovative Kompetenzfelder, Produktionsnetzwerke und Branchenschwerpunkte (Auswertungsstand Juni 2004), in: <http://www.iwh-halle.de/projects/bbr/index.asp>; ROSENFELD, M. T. W. et al.: Innovative Kompetenzfelder, Produktionsnetzwerke und Branchenschwerpunkte der ostdeutschen Wirtschaft, a. a. O.; Anhang A-2; Regionstypisierung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

werk ein regionaler Branchenschwerpunkt, kann ein gewisses Potenzial wirtschaftlicher Aktivität hinter den Netzwerken vermutet werden.

Übereinstimmungen mit einem Branchenschwerpunkt wiesen insgesamt 183 (72%) der 254 Netzwerke, für die Branchenangaben vorlagen, auf, 71 Netzwerke (28%) wiesen solche Übereinstimmungen nicht auf. Besonders hohe Anteile von Übereinstimmungen zwischen Netzwerken und Branchenschwerpunkten zeigen sich erwartungsgemäß in einer Reihe von höher verdichteten Räumen (vgl. Abbildung). Bei acht von zehn Regionen, in denen mehr als vier Fünftel der Netzwerke Überschneidungen mit Branchenschwerpunkten aufweisen, handelt es sich um höher verdichtete Räume, also um Agglomerationsräume und verstärkte Räume, und zwar um die Raumordnungsregionen

Berlin, Ostthüringen, Südwestsachsen, Chemnitz-Erzgebirge, Westsachsen, Halle (Saale), Mittelthüringen und Oberes Elbtal/Osterzgebirge. Markante Beispiele dafür, dass vorhandene räumliche Ballungen einzelner Branchen den „natürlichen“ Nährboden für Unternehmensnetzwerke bilden, sind in der Raumordnungsregion Chemnitz-Erzgebirge sichtbar. Diese Region beheimatet bedeutende Produktionsstandorte des Maschinenbaus und der Textilindustrie. Zugleich haben in dieser Region 18 Netzwerke ihren Sitz, die Aktivitäten des Maschinenbaus einschließen, und zehn Netzwerke betreffen die Textilindustrie. Ein ähnliches Beispiel betrifft die Medizin-, Messtechnik und Optik in der Raumordnungsregion Berlin. Dort wurden neun Netzwerke erfasst, welche die genannte Branchengruppe mit einschließen. Allerdings gibt es auch einzelne Regionen, die ganz oder teilweise ländlich geprägt sind und einen hohen Anteil von Netzwerken aufweisen, welche mit einem Branchenschwerpunkt überein-

der Untersuchung als gegeben angesehen, wenn mindestens eine der Netzwerkbranchen mit einem in der Region gegebenen Branchenschwerpunkt kongruent ist.

stimmen. Dies betrifft z. B. die Regionen Südthüringen und Prignitz-Oberhavel, wobei es sich dort jeweils um eine geringe Zahl von Netzwerken handelt. Die Übereinstimmungen betreffen Branchenschwerpunkte mit relativ langer Tradition, etwa die Eisenbahntechnik in der Region Prignitz-Oberhavel oder die Werkzeugindustrie in Südthüringen.

Die Kongruenz zwischen Netzwerken und Branchenschwerpunkten ist – wie oben erläutert wurde – ein Indiz für die Nachhaltigkeit von Netzwerkstrukturen. Daraus sollte aber nicht der Schluss gezogen werden, dass Netzwerke, die nicht mit einem Branchenschwerpunkt (im Sinne der hier vorgenommenen Abgrenzung) zusammenfallen, von vornherein geringe Erfolgchancen haben. So gehören zu den Netzwerken, die keine Überschneidung mit einem Branchenschwerpunkt haben, eine Reihe von Netzwerken im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Ziel dieser Netzwerke ist es häufig, Anbietern von IKT-Dienstleistungen und Nutzern eine gemeinsame Plattform zu bieten, ohne dass dies immer mit besonders starken räumlichen Konzentrationen von Firmen der IKT-Branche verbunden sein muss.

Mehrbranchen-Netzwerke dominieren

Die Hervorhebung der Kongruenz zwischen Branchenschwerpunkten und Unternehmensnetzwerken bedeutet nicht, dass die ostdeutschen Unternehmensnetzwerke typischerweise nur Partner aus einer Branche haben. Im Gegenteil: Typisch für die Unternehmensnetzwerke in Ostdeutschland ist, dass an ihnen mehrere Branchen beteiligt sind. Von den 254 Netzwerken mit Branchenangaben umfassen 159 (62,6%) mehrere Branchen (hier als „Mehrbranchen-Netzwerke“ bezeichnet), 95 (37,4%) nur eine Branche („Einbranchennetzwerke“) – vgl. Tabelle. Die Dominanz von branchenübergreifenden Netzwerken kann damit erklärt werden, dass eine nicht geringe Zahl von Netzwerken im Bereich moderner Technologien (etwa Biotechnologie, Nano-Technologie, Oberflächenveredlung usw.) tätig ist, die typischerweise branchenübergreifenden Charakter tragen und beispielsweise neben Anwendern der neuen Technologien häufig auch Ausrüstungslieferanten mit einschließen. Das räumliche Muster des Auftretens von Mehr- bzw. Einbranchennetzwerken fällt allerdings weniger eindeutig

als jenes der Übereinstimmung von Netzwerken mit regionalen Branchenschwerpunkten aus (vgl. Tabelle). Für jene ostdeutschen Regionen, die eine besonders große Zahl von Netzwerken beheimaten, also die verdichteten Regionen Chemnitz-Erzgebirge, Berlin, Westsachsen, Oberes-Elbtal-Ostergelbige, Havelland-Fläming, ist eine Mischung von Mehr- und Einbranchennetzwerken charakteristisch, bei welcher der Anteil der ersteren zwischen 63,2% (Oberes Elbtal-Ostergelbige) und 52,6% (Havelland-Fläming) liegt.

Für eine Reihe ländlicher Regionen sind dagegen besonders hohe (Vorpommern, Prignitz-Oberhavel, Altmark) oder besonders niedrige (Dessau, Nordthüringen und Westmecklenburg) Anteile von Mehrbranchennetzwerken charakteristisch. Offenbar wird in ländlichen Regionen versucht, mittels Netzwerken das Manko einer häufig geringen Unternehmensdichte zu beheben und einzelne Unternehmen aus verschiedenen Branchen oder – bei Monostrukturen – auch solche aus einer Branche zusammenzubringen.

Fazit

Die durchgeführte Untersuchung zeigt, dass Unternehmensnetzwerke innerhalb Ostdeutschlands räumlich gesehen nicht gleich verteilt sind, sondern eine Massierung in Agglomerationsräumen und verdichteten Räumen aufweisen. Netzwerke sind also vor allem im Kontext mit Ballungen wirtschaftlicher Aktivitäten entstanden. Darauf weist auch der Umstand hin, dass gerade in den Verdichtungsräumen der Anteil der Netzwerke besonders hoch ist, die durch einen regionalen Branchenschwerpunkt begleitet werden.

Das Dokumentieren der räumlichen Verteilungsmuster von Unternehmensnetzwerken innerhalb Ostdeutschlands kann allerdings nur ein erster Untersuchungsschritt sein, der Ausgangspunkt für künftige weiterführende Untersuchungen sein sollte, etwa in Bezug auf die Bestandsfestigkeit von Netzwerken in Regionen geringer Dichte, die Entwicklung von Netzwerken in der Zeit nach dem Auslaufen von Fördermaßnahmen sowie generell die wirtschaftlichen Effekte von Unternehmensnetzwerken.

Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de

IWH-Industrienumfrage Ostdeutschland im März 2005: Abschwächung der Geschäftslage setzte sich im März nicht fort

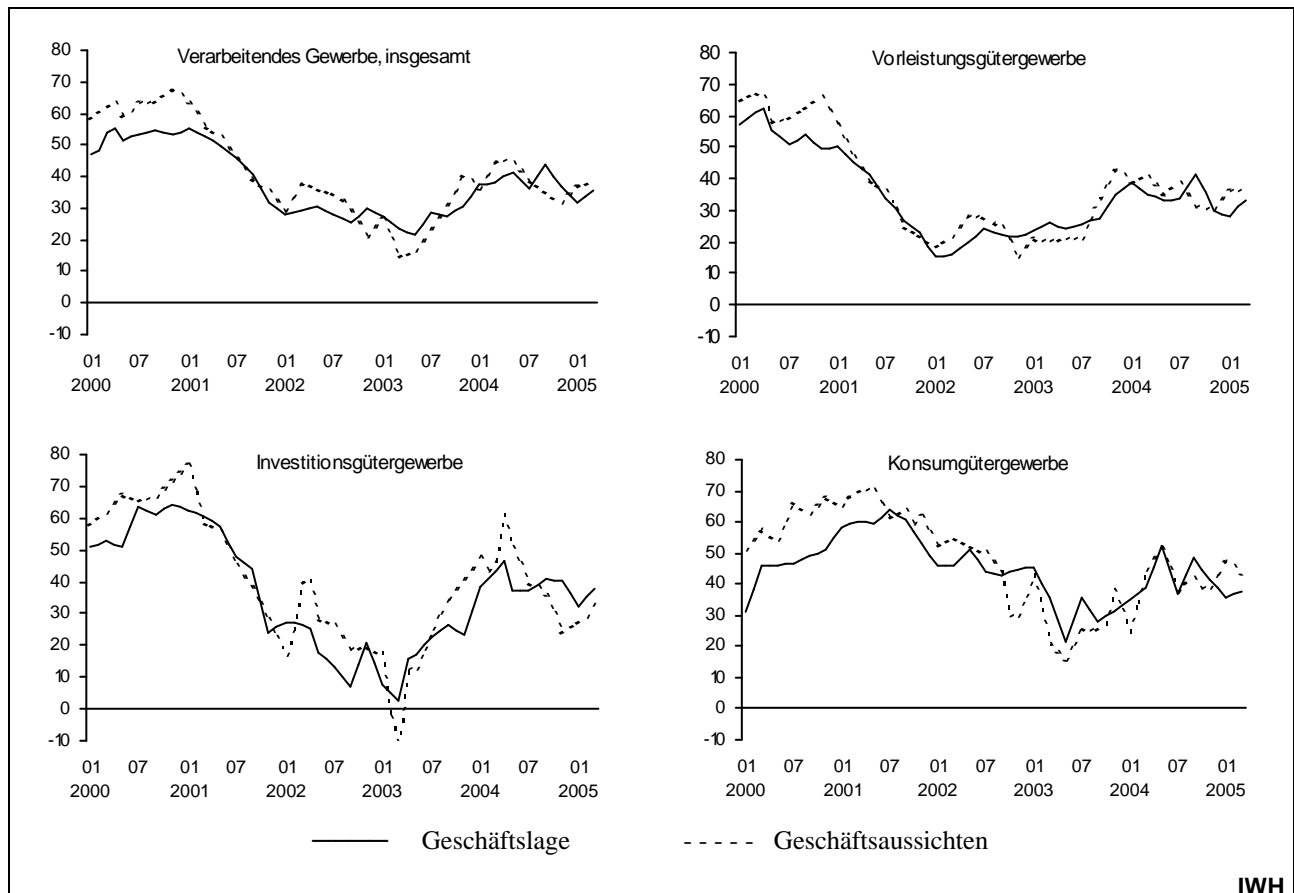
Das Geschäftsklima in der ostdeutschen Industrie hat sich laut Befragung des IWH unter rund 300 Unternehmen im März spürbar erwärmt. Sowohl die Einschätzungen der aktuellen als auch der zukünftigen Geschäfte fallen positiver als im Januar aus (vgl. Tabelle). Bereits zu Jahresbeginn hatten sich die Firmen zuversichtlicher über ihre Zukunftsperspektiven geäußert, während sich ihre Urteile zur wirtschaftlichen Lage noch verschlechterten. Nun deutet sich an, dass das verarbeitende Gewerbe die „Delle“ der letzten Monate überwunden hat, wenngleich die Komponenten des Geschäftsklimas den jeweiligen Saldenstand vom Vorjahr noch nicht wieder erreichten. Das Gros der Firmen – rund zwei Drittel – hat allerdings Lage und Aussichten wie in der vorangegangenen Befragung be-

urteilt, und die Unternehmen, die ihre Situation jeweils verbesserten oder verschlechterten, halten sich in etwa die Waage.

Auch unter Ausschluss der jahreszeitlichen Einflüsse zeichnet sich für die ostdeutsche Industrie insgesamt ein positives Bild ab – damit kommen konjunkturelle Faktoren zum Tragen. Der Saldo der positiven und negativen Meldungen zur *Geschäftslage* legte gegenüber Januar merklich zu, bleibt allerdings noch hinter dem mittleren Vorjahresniveau zurück (vgl. Abbildung). Ihre *Geschäftsaussichten* schätzen die ostdeutschen Industriebetriebe ebenfalls günstiger ein, wenn die Verbesserung auch nur geringfügig ist.

Die wirtschaftliche Belebung umfasst das gesamte verarbeitende Gewerbe. Besonders im Investitions-

Geschäftslage und -aussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe
- Salden^a, saisonbereinigte Monatswerte -



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Konjunkturdaten“ unter www.iwh-halle.de.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

güterbereich florieren die Geschäfte (vgl. Abbildung). So haben die Maschinenbauer den Einbruch ihrer Geschäftsaktivitäten vom Januar überwunden und verbesserten gleichsam der Hersteller von Metallernzeugnissen ihre Lage erheblich. Auch die weiteren Aussichten der Investitionsgüterproduzenten sind – bereinigt um saisonale Faktoren – günstig.

Eine ähnlich vorteilhafte Entwicklung weisen die Betriebe des Vorleistungsgütergewerbes auf. Die positiven Impulse stammen hier vor allem aus dem Holz-, Papier- und Druckgewerbe sowie dem Bereich „Verarbeitung von Steinen und Erden, Glasgewerbe und Keramik“. Die chemische Industrie behauptet ihre Position und hält das be-

achtliche Ergebnis der letzten Monate. Für die nahe Zukunft rechnet das Vorleistungsgütergewerbe insgesamt allerdings nicht mit weiteren nennenswerten Fortschritten; die Aussichten haben sich gegenüber Januar saisonbereinigt nur geringfügig aufgehellt.

Die Situation der Konsumgüterproduzenten bleibt „angespannt“. So hat sich zwar die Geschäftslage gegenwärtig etwas gebessert, doch dürfte die Erholung nicht gefestigt sein. Die Zukunftsaussichten werden unter Ausschluss saisonaler Effekte vergleichsweise pessimistisch eingeschätzt.

Sophie.Woersdorfer@iwh-halle.de

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe
- Vergleich der Ursprungswerte mit Vorjahreszeitraum und Vorperiode, Stand März 2005 -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Mrz. 04	Jan. 05	Mrz. 05	Mrz. 04	Jan. 05	Mrz. 05	Mrz. 04	Jan. 05	Mrz. 05	Mrz. 04	Jan. 05	Mrz. 05	Mrz. 04	Jan. 05	Mrz. 05
	in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a														
Geschäftslage															
Industrie insgesamt	18	26	22	50	40	46	27	30	26	4	5	6	36	31	35
Hauptgruppen^b															
Vorleistungsgüter	12	23	17	57	43	52	27	27	22	4	7	9	39	32	39
Investitionsgüter	22	25	19	44	39	46	27	32	31	7	4	4	32	28	30
Ge- und Verbrauchsgüter	23	29	29	45	37	39	29	33	28	3	2	4	37	31	36
dar.: Nahrungsgüter	24	31	33	53	25	35	24	43	27	0	1	5	53	13	35
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	16	12	15	42	45	42	33	36	34	9	7	9	15	14	14
50 bis 249 Beschäftigte	19	27	20	52	40	50	27	30	23	3	4	7	41	33	39
250 und mehr Beschäftigte	27	39	35	43	32	42	27	25	23	3	4	0	40	43	54
Geschäftsaussichten															
Industrie insgesamt	14	20	18	60	49	54	23	27	25	3	4	3	47	38	44
Hauptgruppen^b															
Vorleistungsgüter	11	22	13	66	50	63	19	23	20	4	5	4	54	44	52
Investitionsgüter	17	16	16	53	50	50	27	26	31	3	8	3	41	33	32
Ge- und Verbrauchsgüter	15	22	25	57	46	48	26	31	25	2	1	2	45	37	46
dar.: Nahrungsgüter	23	34	27	57	33	44	20	34	26	0	0	3	60	32	43
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	13	9	11	49	46	52	33	39	31	6	6	5	23	10	27
50 bis 249 Beschäftigte	18	20	17	61	54	57	21	23	23	1	3	3	57	47	48
250 und mehr Beschäftigte	10	35	27	60	39	50	23	19	23	7	8	0	40	46	54

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet, Angaben für März 2005 vorläufig. – ^b Die Klassifikation der Hauptgruppen wurde der Wirtschaftszweigsystematik 2003 angepasst.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Veranstaltungen:

Vorankündigung:

Workshop „Interregionale Ausgleichspolitik und regionales Wirtschaftswachstum in Deutschland: Bestandsaufnahme des politischen Status quo und vorliegender Forschungsergebnisse“ im Rahmen des Forschungsprojekts „Bundesstaatliche Ordnung und Bedeutung der Ausgleichssysteme für die Raumordnung“, 21. Juni 2005

Ausgleichspolitische Maßnahmen zugunsten ökonomisch benachteiligter Regionen gehören seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland zu den Grundpfeilern des föderativen Systems. Finanziert werden diese Maßnahmen vor allem von jenen Regionen, die sich durch eine hohe wirtschaftliche Wachstumsdynamik auszeichnen. Vor dem Hintergrund abnehmender gesamtwirtschaftlicher Wachstumsraten, zunehmender Globalisierung der Märkte sowie aufkommender Zweifel am Erfolg der bisher praktizierten Ausgleichspolitik wird in jüngster Zeit darüber diskutiert, ob und in welchem Umfang es zu einer Reform der heutigen Systeme der interregionalen Ausgleichspolitik kommen sollte.

Das BBR hat zu dieser Fragestellung beim Institut für Wirtschaftsforschung Halle das o. a. Forschungsprojekt in Auftrag gegeben. Im Rahmen dieses Projekts werden vom IWH zwei Workshops durchgeführt. Der erste am 21. Juni 2005 hat im Wesentlichen die Aufgabe, über den gegenwärtigen Stand der Forschung zur interregionalen Ausgleichspolitik und ihren Effekten zu informieren und das vom IWH und seinen Kooperationspartnern (GEFRA, Münster, sowie IES, Hannover) gewählte Vorgehen zur Diskussion zu stellen. In einem zweiten Workshop am 30. Januar 2006 wird dann über die Ergebnisse des Forschungsprojekts informiert.

Workshop „Nationale Innovationssysteme und Ausländische Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa: Technologietransfer, regionale Entwicklung und Konvergenz“, 30. Juni bis 2. Juli 2005

Gemeinsamer Workshop mit der European Association for Comparative Economic Studies (EACES) in Halle und Freiberg (Sachsen). Der Workshop wird sich vorwiegend mit den besonderen Bedingungen für den Technologietransfer nach Mittel- und Osteuropa und der Entwicklung der Nationalen Innovationssysteme in diesen Ländern beschäftigen. Als besondere Perspektive für Studien sollen Geschwindigkeit und Pfade realer wirtschaftlicher Konvergenz dienen. Frist für die Einreichung von Vorschlägen: 1. April 2005.

Für weitere Informationen zu den Veranstaltungen siehe www.iwh-halle.de (Termine).

Sonstiges:

Dr. Joachim Ragnitz wurde als Experte in die Enquetekommission des Sächsischen Landtags berufen

Dr. Joachim Ragnitz, Leiter der Abteilung Strukturwandel, ist als Experte in die Enquetekommission des Sächsischen Landtags „Demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Lebensbereiche der Menschen im Freistaat Sachsen sowie ihrer Folgen für die politischen Handlungsfelder“ berufen worden.

Gastprofessor:

Professor Leonhard Dudley PhP, Sciences économiques, Université de Montréal – Canada, besucht in der Zeit vom 29. Mai bis 5. Juni 2005 das IWH. Im Rahmen seines Gastaufenthaltes wird er am Mittwoch, den 1. Juni 2005, um 14.00 Uhr, am Institut einen Vortrag mit dem Thema „Cooperating to Innovate“ halten.

Professor Dudley forscht auf dem Gebiet der Institutionenökonomik.